



Breslauer

Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

Nº 89.

Freitag den 14. April

1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 30 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) An die Wähler und Wahlmänner. 2) Charakteristik der Taurischen Buchhauspredigten. 3) Correspondenz aus Langenbielau, von der polnischen Grenze.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 des Reglements Ausführung des Wahlgesetzes vom 8. April dieses Jahres,

soll das Verzeichniß der stimmberechtigten Wähler hiesiger Stadt aufgestellt werden.

Demzufolge sind von uns die Herren Bezirks-Vorsteher beauftragt worden, die Aufnahmelisten für ihren Bezirk anzulegen. Um ihnen dieses Geschäft möglichst zu erleichtern, wird jedem Hausbesitzer ein Formular zur Aufnahmeliſte zugehen, welches gehörig auszufüllen und binnen längstens 3 Tagen an den betreffenden Bezirksvorsteher abzugeben ist.

Bei der Wichtigkeit des Geschäfts und der nothwendigen Beschleunigung rechnen wir zuverſchlich darauf, daß die Listen ungesäumt ausgefüllt, auch den Herren Bezirks-Vorstehern auf Erfordern bereitwillig die nöthige Auskunft ertheilt werden wird.

Breslau, den 11. April 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Inland.

Berlin, 12. April. Bei der heute fortgesetztenziehung der 3ten Klasse 97ter königl. Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 2000 Rthlr. auf Nr. 3007; 2 Gewinne zu 1000 Rthlr. fielen auf Nr. 54,715 und 67,509; 1 Gewinn von 400 Rthlr. fiel auf Nr. 58,283; 2 Gewinne zu 200 Rthlr. fielen auf Nr. 24,662 und 44,823 und 9 Gewinne zu 100 Rthlr. auf Nr. 505. 4114. 7000. 15,301. 42,163. 48,670. 68,991. 81,677 und 82,862.

Abgereist: Se. Durchlaucht der General-Major und Chef des 23. Landwehr-Regiments, Fürst Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen, nach Schlesien. Se. Excellenz der Ober-Burggraf im Königreich Preußen, v. Brünneck, nach Trebnitz. Der Vice-Ober-Jägermeister Graf v. d. Asseburg-Falkenstein, nach Meisdorf.

Se. Majestät der Kaiser von Russland haben bei dem 7. Kürassier-Regiment zu verleihen geruht: dem Regiments-Commandeur, Major Grafen zu Waldburg-Truchſeß, den St. Annen-Orden 2. Klasse in Brillant, dem Major v. Stülpnagel den St. Stanislaus-Orden 2. Klasse, dem Major v. Alten-Bockum den St. Annen-Orden 2. Klasse, dem Rittmeister v. Schöler den St. Stanislaus-Orden 2. Klasse, den Rittmeistern v. Langenau und v. Carlowitz den St. Annen-Orden 3. Klasse, so wie den Seconde-Liutnants v. Oheimb und v. Plüskow den St. Stanislaus-Orden 3. Klasse.

Die neulich erwähnte Kommission zur Berathung einer neuen Verfassung der evangelischen Kirche ist gestern unter dem Vorſitz des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zusammengetreten. Der Minister eröffnete die Sitzung mit Darlegung der Grundsätze, welche künftig für das Verhältniß des Staats zur Kirche maßgebend sein werden; er hob insbesondere hervor, daß der Staat in Zukunft jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirche sich zu enthalten haben werde, und daß es bezüglich der evangelischen Kirche daher zunächst darauf ankomme, ihr durch eine aus ihr selbst hervorgegangene Verfassung die Selbstständigkeit zu sichern, die sie befähige, ihre Freiheit nach allen Sei-

ten hin zu wahren. Natürlich könne ein solcher Organismus der Kirche nicht von außen her gegeben werden, sondern nur darauf könne es ankommen, und nur dies könne Aufgabe der jetzigen Berathung sein, derselben die Möglichkeit zu gewähren, durch freigeswählte Organe diejenige Verfassung zu begründen, welche sie zu ihrem dauernden, selbstständigen Bestehen für nothwendig und ersprießlich erachte. Dabei werde aber der Begriff der evangelischen Kirche nicht zu eng gefaßt, namentlich die Union nicht als die Gränze oder Bedingung der neuen Verfassung festgehalten werden dürfen. Es werde vielmehr ratsam sein, allen Gemeinden, welche sich als Angehörige der evangelischen Kirche betrachten, insbesondere auch denjenigen, welche sich, wie die Alt-Lutheraner und die in neuerer Zeit entstandenen sogenannten freien Gemeinden, einstweilen von der evangelischen Landeskirche getrennt haben, die Gelegenheit zu geben, an der Berathung der neuen Verfassung Theil zu nehmen, um so, wenn irgend möglich, den Frieden und die Einheit in der Kirche wiederherzustellen. Die Kommission erklärte sich mit dieser Auffassung vollkommen einverstanden und erkannte als ihre nächste Aufgabe die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes, auf Grund dessen die Vertreter sämtlicher evangelischen Gemeinden in Preußen, unter Beteiligung aller Gemeinde-Mitglieder und angemessener Beurtheilung des Predigtamts, zunächst zu Kreis- und Provinzial-Synoden zusammen zu treten haben werden, aus denen Mitglieder zu einer möglichst schleunig einzuberuhenden Landes-Synode zu wählen, die, gleichsam als konstituierende Versammlung, in völliger Selbstständigkeit, nach dem Maße des ihr inwohnenden christlich-evangelischen Geistes über die der evangelischen Kirche zu gebende Verfassung zu berathen haben wird. Dieses Wahlgesetz wird unverzüglich ausgearbeitet werden.

Sir Stratford Canning, der zum britischen Botschafter in Konstantinopel ernannt ist, hat sich gestern von hier über Wien nach dem Ort seiner Bestimmung begeben. (Allg. Pr. 3.)

> Berlin, 9. April. Eine der größten und heiligsten Fragen der Gegenwart ist, die thätige arme Klasse vor Noth zu bewahren. Für die unthätige, betreuende arme Klasse ist fast zu allen Zeiten in organisierten Staaten besser gesorgt gewesen, als für jene. Die Reichen und Wohlhabenden schraken vor dem Worte: Arbeiter, wie vor einem Phantom zurück.

Sollte in diesem Schrēken nicht ein unbewußter Gewissenskrüppel liegen, gegen diese ihre Brüder, denen sie ihren Wohlstand verdanken, bisher so sorglos gehandelt zu haben? Der Zustand der Arbeiter ist in der That mehr ein drohender gegen ihre eigene Existenz, als gegen die Existenz Derer, die in der Lebensversicherung des Besitzes stehen. Des Arbeiters Bewußtsein ist erwacht, er sieht, daß auch er gilt in der Welt, er sieht, daß auch er eine Würde, eine Ehre hat. Grüher, da er sich verachtet fühlte, haite er nichts zu verlieren; wenn er zum Dieb, zum Verbrecher wurde, verlor er nur die Freiheit, und gewann Dach und Nahrung. Die Freiheit hat aber nur Werth für den Menschen von Ehre, der sie nicht gegen Brod und Behausung einsetzen mag. Jetzt hat der Arbeiter diese Ehre, und seine Existenzmittel kann er darum nur durch Thätigkeit gewinnen. Daß dies eine praktische Wahrheit, beweist das noch jetzt seltene Vorkommen von Diebstählen, die mit der Gefährdung des Vermögens vor der Revolution in gar keinem Verhältnisse stehen. Während sonst hier täglich 20—30 Diebstähle bei der Polizei angemeldet wurden, kam notorisch in den fünf Revolutinstagen, vom Ausbruche der Plänkeleien bis zur Bluthochzeit des 18. und 19. März, nur

ein Pistolen-Diebstahl vor. Man ist eben so jetzt weniger den Rohheiten der Arbeiter auf den Straßen ausgesetzt; sie nähern sich uns mit einer zutraulichen Brüderlichkeit, denn sie wissen, daß die Einen warm für ihr Wohl sprechen und handeln, während die Andern nicht mehr den Muth haben, die verachtungswürdigen Äußerungen ihrer Herzlosigkeit und ihres Dünkels gegen sie an den Tag zu legen. Wo der Arbeiter sieht, daß man sein Wohl nur will, ist er schon zufrieden; in der Besorgniß der Besitzenden dagegen, die sich eben so unvorsichtig wie ohnmächtig äußert, erblickt er nur ein Widerstreben, ihm sein Recht angedeihen zu lassen: nicht gar zu leichtem Lohn für allzuschwere Arbeit! — Trete unter Eure Arbeiter, Ihr Vornehmen, redet mit ihnen, als Menschen zu Menschen, zeigt ihnen daß auch Ihr arbeitet, legt ihnen über die Verwaltung ihrer Arbeit Rechenschaft ab, wie der konstitutionelle Staat fortan uns Rechenschaft ablegen muß über die Verwaltung der Interessen Aller, führt neben dem karigen Lohne eine gewisse Lantieme von dem Gewinne ein, und Ihr werdet an Euren Arbeitern eine schützende Macht haben, Ihr werdet die Industrie heben, wenn die Arbeiter erfahren, daß die bessere Produktion höhere Gewinn abwirft, an dem sie auch Theil haben. Vor Atem aber werdet allen Geldschwindel über den Haufen! Entziehet den nervus rerum gerendarum nicht den Muskeln Eurer Brüder. Verwender das Geld nur für die Industrie! Beugt Euch mit dem kleinen, aber sichern und ehrlichen Gewinne. Bedenkt, daß in Zukunft Eure Söhne sich auch mehr werden der Industrie zuwenden müssen, als bisher. Die Bureaucratie ist gestürzt. Das Drängen nach Staatsämtern wird aufhören, die dem Sohne oft nicht die kleinsten Interessen eintragen des Kapitals, das der Vater auf seine Ausbildung für die Staats-Carriere, die nur eine Staats-Kriecherei im doppelten Sinne (man mußte kriechen, hinein zu kommen, und froh darin fort). — Die Militärstellen werden nicht mehr so viel Menschen absorbiren. Kein deutscher Jüngling wird fortan Alles erreicht, noch das Recht zu haben glauben, mit nasenrumpfendem Stolze auf seine Mitbürger herabzusehen, wenn er Second-Lieutenant geworden. Wir werden Alle Arbeiter werden müssen, wenn man uns nicht als unnütze Zogediebe brandmarken soll. Darum helfet den Arbeitern, damit Euch selbst geholzen sei. Darum ehret die Arbeiter, damit Ihr selbst geehrt werdet!

± Berlin, 12. April. Unsere hiesigen Fabrikarbeiter feierten gestern einen Jubeltag. In Folge der Zugeständnisse von Seite der Fabrikherrn, die den mäßigen Forderungen der Arbeiter endlich willig Gehör gaben, hatten Letztere einen Festzug veranstaltet, der sich in unabsehbarer Ausdehnung in unsere Stadt hinein bewegte. Von dem Jubel der vielen Tausende, die an dem festlichen Zuge teilnahmen, erdröhnten die Straßen der Hauptstadt. Musikbanden und Fahnen voran, schritten die mit grünen Kränzen und Zweigen geschmückten Arbeiter in musterhafter Ordnung daher, durch ihre brausenden Töne der Freude überall zur Freude stimmend. Jede freundliche Kundgebung von Seite der Zuschauer ward durch ein donnerndes Hurrah erwiedert, und das Schwenken mit den Fahnen und Hüten wollte kein Ende nehmen. Wir legen auf diese von den Arbeitern offen kundgegebene Befriedigung einen großen Werth, da die Befestigung der gesetzlichen Ordnung in derselben eine mächtige Stütze findet.

Die Arbeiter-Versammlung in der Seestraße scheint die wichtigste von allen bi her stattgehabten Arbeiter-Versammlungen zu sein, da sie nicht wie die meisten der früheren im Nebel umher-

steuerte, sondern vielmehr sich ihres Ziels und des einzuschlagenden Weges gleich klar bewußt, zu einer Vereinigung, zu einem systematischen Zusammenhalten aller Arbeitswege ausschlug. Dies wurde dadurch erleichtert, daß nur die bereits früher gewählten Deputationen sämtlicher Innungen und Gewerke zugegen waren. Zum Präsidenten wurde durch Aklamation wieder der Schriftseher Born gewählt, der die Versammlung etwa wie folgt eröffnete: „Alle Deutschen sind Söhne eines Vaterlandes, in den Jahrhunderte verkörpert sind, in dem das Mittelalter sich noch mit Halsstarrigkeit an die Neuzeit anklammert. Daher kommt es, daß sich z. B. die Bourgeoisie und das Proletariat, das Kapital und die Arbeit noch nicht so scharf wie in Frankreich und England gegenüberstehen; dort fehn sich kaltblütig und kampferfüllt streng gesonderte Parteien Aug' in Auge. In Deutschland ist dieser Gegensatz noch nicht so vollständig vorhanden, weil uns erstlich die Fabrikanten noch freundlich die Hand zur Vermittlung bieten, und zweitens, weil die Arbeiter noch nicht organisiert sind; sie begreifen sich noch nicht als Partei. Darum empfindet Euch als Ganze; nur auf diese Weise kann die uns gegenwärtig gebotene Vermittlung fruchtbbringend für uns sein. Sorgert nicht als Einzelne von Einzelnen Unmögliches! Wir wollen nicht unsinnige Zerstörung des Kapitals, aber wir wollen unsere Lage im Allgemeinen verbessern. Dazu müssen wir uns organisieren; wir müssen vorläufig ein Comité wählen, das alle Geschäfte in die Hand nimmt und die Herumläufer und Wichtigmacher in allerhand Volksversammlungen beseitigt. Darüber, wie wir uns am besten organisieren, eröffne ich jetzt die Debatte. — Diese schloß damit: Es wird zur Wahl eines festen Comités geschritten, aus jeder Deputation einer; jedoch geben sich für das feste Comité die meisten Deputierten nur als provisorisch an. Die 28 Mitglieder des Comités wählen einen engeren Ausschuss von 5 Männern, welche beauftragt sind, einen Statuten-Entwurf auszuarbeiten und dann zunächst dem Comité vorzulegen. — Herr Born wird durch laute Aklamation zum provisorischen Präsidenten ernannt.

** Posen, 12. April. Die bewaffneten Polen haben sich ohne Schwertstreich ergeben. Wir preisen das Schicksal, das diesen Ausgang geschaffen ließ, der ein Blutvergießen verhinderte, das nur unheilbringend für beide Theile ausfallen konnte; mancher brave polnische Bürger und Bauer hätte zwecklos verblutet müssen, während unsre Soldaten schwerlich die Sympathien für sich gehabt hätten. — Nachschrift. Durch den General Willisen ist die Capitulation abgeschlossen. Während der drei nächsten Tage soll das Unseinandergehen erfolgen, die Sensenmänner können mit ihren Sensen einzeln abziehen, ein Theil bleibt zurück, um in die 10. Division einverlebt zu werden. — Dem General Willisen brachten die deutschen Bürger gestern ein tausendstimmiges Votum (?) und sollen (?) es durchgesetzt haben, daß Colomb seine Entfernung beantragt hat. Außerdem sagt man bestimmt, daß die Offizier-Corps und Soldaten mit den deutschen Bürgern vereint höchst entschiedene Schritte vorbereiten. (Wir sehen den näheren Mittheilungen noch entgegen.)

In der Posener Stg. lesen wir folgende Bekanntmachung: „Das Abkommen, wonach die bewaffneten Versammlungen im Lande auseinandergehen sollen, ist nun wirklich getroffen und schon gestern hat die Masse bei Schrada angefangen sich aufzulösen. Dieser folgt heute und morgen die Abtheilung von Wreschen, von Lüneburg und Pleschen und wo sonst. Jeder sind 3 Tage gewährt, ihre Anordnungen zu treffen. Nach drei bis vier Tagen dürfen wir sicher hoffen, daß Ruhe und Ordnung in die furchtbare aufgerigte Provinz zurückkehrt. Geschieht es wirklich, so wird wohl jeder Geistige mit mir den Ausweg, welcher ergriffen wurde, für einen gesegneten halten. Man frage sich nur, was eine blutige Lösung in der Gegenwart für eine Bedeutung hatte, und jeder wird gewiß gern seine Wünsche, die er sonst dabei gehegt, wie ehrenwerthe Motive sie auch haben möchten, zurückdrängen. Jeder Schuß hier erlönt durch das ganze weite Vaterland, durch ganz Europa wieder, was hier ein Sieg gewesen, konnte an einer andern Stelle leicht zu einer Niederlage für die eben erst mit Mühe aus dem Chaos wieder auftauchende Ordnung werden. Somit schien ein solcher Ausweg nicht allein durch die Rücksichten der Menschlichkeit, der höhern Sittlichkeit, sondern auch durch die Klugheit und durch unsre heilige Religion geboten. Aus allen diesen Gründen würde ich es nie bereuen, diesen Ausweg betreten zu haben, wenn er auch nicht der von unserem theuren Könige gebotene gewesen wäre.“

Von den Versammlungen bleibt zunächst nichts übrig, als vier Abtheilungen, welche bestimmt sind, in die Regimenter der 10. Division nach einem näher zu bestimmenden Modus einzutreten. Das ganze übrige Land muß in vier Tagen von allen andern Trupps befreit sein. Die ausgedehnteste Amnestie schien unter den obwaltenden Umständen um so mehr an ihrem Platze, als das Unternehmen, einer Revolution der erschütterndsten Art entsprungen, das gewöhnliche Maß, wonach Vergehen gemessen werden sollen, anzulegen

durchaus verbot und als es noch bis zuletzt gar nicht einmal gegen den eignen Staatsverband gerichtet war. Die einzige Besorgniß, welche noch zu hegen bleibt, liegt in der Schwierigkeit, solche Massen wieder in die Bahn des Friedens hineinzulenken. Der Gedanke an diese Möglichkeit hat manches Zugeständnis für unabsehbar erachtet lassen, wie es sonst wohl nie gemacht worden wäre. Sollte aber dabei auch nicht Alles ganz glatt abgehen, so kann das den Hauptgewinn, welcher in der Sache liegt nicht schmälern. Am Schlusse des Abkommens heißt es: „diese Maßregeln dürfen aber nicht hindern, daß überall die Brüder sofort wieder eingesetzt werden, damit der ganze Regierung-Mechanismus sich wieder frei bewege, und ich hoffe, in einigen Tagen sagen zu können, daß es geschehen sei.“ — Posen, den 12. April 1848. — v. Willisen, Generalmajor, als königl. Kommissarius.“

Aus dem Großherzogthum Posen, 12. April. Wenn zeither die Obrigkeiten Alles anwendeten, das, wenn auch schon gelockt Einverständnis zwischen Polen und Deutschen, nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten; so suchte der Probst in Ostrowo den Samen des Misstrauens und der Feindschaft zwischen beide Nationalitäten auszustreuen. Er predigte am verslossenen Sonntage unter andern in feuriger Bredsamkeit, daß Deutsche und Juden mit der Absicht schwanger gingen, ihn selbst zu ermorden, die katholische Kirche zu beraubten und zu demoliren, und Getränke, Brod und Tabak zu vergiften. Diese unglückselige Kanzelrede hatte leider den traurigen Erfolg, daß die Bewohner Ostrowo's, wenn nicht in dem gefährlichsten Momente militärische Hülfe herbeigekommen wäre, einem entsetzlichen Blutbad entgegen gegangen wären. In der letzt verslossenen Nacht um 12½ Uhr kam nämlich die Anzeige, daß ein zahlreicher Haufe von Bauern, aus den benachbarten Dörfern, mit Sensen und Heugabeln verschen, ihren Weg nach Ostrowo nehmen. Es wurde sogleich Alarm geschlagen, die deutschen Bewohner traten in Massen, mit Schießgewehren, Säbeln und Pistolen bewaffnet, zusammen, um den Angriff der Bauern zu gewärtigen. Nicht lange, so erschienen dieselben und postierten sich in der Kirchstraße und dem Bereiche der katholischen Kirche, doch wagten sie, den bewaffneten Bürgern gegenüber, den Angriff nicht. Kein Zureden und keine Vorstellung waren vermögend ihre Entfernung zu bewirken. Es wurden sogleich zwei Eskadetten, die eine nach Raschkow, wo am Tage vorher Militär eingerückt war, und die andere nach Krotoschin abgesandt. Mittlerweile lebten wir in der bangsten Besorgniß und befürchteten jeden Augenblick das Blutbad werde beginnen. Der Probst, dem man dies alles zu danken hatte, war — nach Wischotzky geflüchtet und jede gütliche Ausgleichung auf diesem Wege unmöglich. So standen beide Parteien bis 5 Uhr des Morgens einander gegenüber. Da endlich waren die Gemüther der Polen aufs Höchste getrieben und schon ließen die Haufen zusammen, um den Angriff zu wagen, als — im entscheidenden Augenblicke eine Abtheilung der braunen Husaren von der 2ten Compagnie und der 5ten Compagnie des 11ten Infanterie-Regiments in diese so bedrohte Stadt einzog. Beim Anrücken der Husaren konzentrierten sich die Bauern auf einen Platz, als sie aber die Infanteristen gewahrt wurden, suchten sie das Weite, versprachen aber bald in größerer Anzahl hierherzukommen. Sollte das Militär wieder abziehen, so haben wir das Aergste zu befürchten. Heute Nachmittag schickten die Polen einen Quaft-Parlamentär, den Dorfschulmeister aus Biskupitz, nach Ostrowo mit einem Trompeter, der den Auftrag hatte, vorgeblich vom General Willisen, dem hier eingerückten Militär die Ordre zu überbringen, nach Krotoschin zurückzukehren. Allein der Rittmeister erklärte die ganze Sache als eine Intrigue und bedeutete den Abgeordneten die Stadt zu verlassen. Wie diese Tragödie, die bereits begonnen, enden wird, läßt sich nicht voraus sagen. Die hier angeführten Fakta sind buchstäblich wahr und bürgt Referent für deren Authenticität.

Santomysl (Großherzogthum Posen), 10. April. Wir leben noch immer in einem beängstigenden anarchistischen Zustande; die Kluft zwischen Polen, Deutschen und Juden ist nicht mehr auszufüllen. Die Letzteren namentlich müssen wie ein verschrecktes Wild sich Zufluchtsorte aufsuchen, die gewöhnlich in der nächsten Stunde eben so wenig Sicherheit bieten, als die verlassenen. — Verblügt sind folgende Exesse: am 9. April sind in Kurnik 10 Infanteristen und 1 Ulan von dem Pöbel ihrer Waffen und Montur beraubt worden. Ferner ist daselbst dem Herrn Bernstein eine Summe Geldes gewaltfam abgenommen worden, wovon ihm jedoch das polnisch Comité 7 Rthl. zurückgeschafft hat. Eben so ist dem Herrn L. Boas der Speicher von Sensenmännern erbrochen und ausgeplündert worden. Eine reiche Frau, die mit ihrem Silber nach Posen fliehen wollte, wurde noch aus dem Postwagen herausgeholt und ihr Silber aufs Comité gebracht. — Heute den 10. sind 450 Mann preuß. Militär in Santomysl eingetroffen, um auf Schrada zu marschieren, sind aber auf Contre-Ordre nach Schrimm gezogen. Aus Schrada lassen die Polen Niemand heraus. —

Stettin, 10. April. Heute Mittags 12 Uhr wurden von einem Trupp noch nicht eingekleideter Landswehrmänner in der Neifschläger-, Beutler- und Langebrückstraße, so wie am Bollwerk und auf der Brücke mehreren Personen die deutschen Kokarden abgerissen, einige die Hüte von den Köpfen geschlagen und zweien unter denen der Steuerrath M., Faustschläge ins Gesicht versetzt. Einem angesehenen Kaufmann, der zur Rede stellte, wurde noch entgegnet: „Ach was, wir haben Preußisch geschworen, wir wollen Preußisch bleiben.“ — In Folge dieser Exesse hatte heute Nachmittag der Magistrat eine Bekanntmachung anschlagen lassen, daß Se. Majestät der König selbst zum Tragen der deutschen Farben durch Sein Beispiel und durch Kabinetsordre ermuntert habe, und daß mithin auf das Übertreten der Kokarde Strafe erfolgen werde. Uebrigens sei es jedem unbenommen, auch die preußische Kokarde aufzustecken. (Ostsee-Z.)

Engers, 8. April. Während heute gegen 3 Uhr Nachmittags ein Schlepp-Dampfboot rheinaufwärts, die dem Dorfe Weisenthurm gegenüber liegende Insel passierte, wurde abermals ein ununterbrochenes Feuer auf die Schiffsmannschaft von vielen der dortigen abenteuerlichen Piraten wiederholt. Selbst als der Schlepper die genannte Insel passiert hatte, verfolgten jene betörten, von Lebewesen aufgereizten Menschen das Schiff noch weiter rheinaufwärts, um von dem Dorfe Urmis aus mit ihren Verbündeten den schrecklichen Angriff fortzusetzen. (Köln. Stg.)

Deutschland.

Frankfurt, 11. April. Bericht über die Verhandlungen der 17 Vertrauensmänner am Bundestage: Durch Bundes-Beschluß vom 10. März d. J. wurden sämtliche Bundes-Regierungen eingeladen: Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar für jede der 17 Stimmen des engeren Raths einen, alsbald (spätestens bis zu Ende d. M.) mit dem Auftrage nach Frankfurt abzurufen, die Bundes-Versammlung und deren Ausschüssen zum Behuf der Vorbereitung der Revision der Bundes-Versaffung mit geachtlichem Beirath an die Hand zu gehen. — Die nach diesem Beschuß abgeordneten Männer verhandeln theils in kollegialer, theils in gemeinschaftlicher Sitzung, teils in gesonderter Sitzung, teils in gemeinschaftlicher mit dem vom Bundestage bestellten Ausschuß für Revision der Bundes-Versaffung, welcher jedoch bis jetzt für sich allein seine Beschlüsse faßt.

30. März.

Erste (vorläufige) gemeinschaftliche Sitzung. Die zuerst als Vertrauensmänner anwesenden Herren Albrecht (Oldenburg und Anhalt), Bassermann (Baden), v. Gagern (Braunschweig und Nassau), v. der Gablenz (fächsische Herzogthümer), Jordan (Kurhessen), Langen (Großherzogthum Hessen), Stever (Mecklenburg), Uhland (Württemberg) und v. Wangenheim (Hannover), zu gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Bundes-Revisions-Ausschuß, der aus den Herren Bundestag-Gesandten von Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Baden und der freien Städte besteht, in den Bundestag-Gesandten eingeladen, legen das Programm zu den Verhandlungen der am 31. März beginnenden Notabeln-Versammlung vor und empfehlen dringend, daß der Bundestag auf die Parlaments-Frage seinerseits offen eingehen möge. Hierdurch ist der noch am 30. März gefasste und am folgenden Morgen publizierte Bundesbeschuß erwirk.

3. April.

Erste Sitzung der XVII.

Neu eingetreten: Die Herren Dahlmann (Preußen) und Todt (Sachsen). — Nachdem die Verhandlungen in der Paulskirche beendet sind, konstituieren sich heute die XVII. Vertrauensmänner. Sie wählen zu ihrem Präsidenten v. Gagern, zum Vice-Präsidenten Herrn Bassermann.

5. April.

Zweite Sitzung der XVII.

Hinzgetreten: die Herren Dreyßen (Holstein) und Petri (16. Stimme). — Es wird bestimmt, daß für jeden der zu einer Kurie vereinten Bundesstaaten ein besonderer Abgeordneter zu den Verhandlungen der Vertrauensmänner zuläßt, mit der Beschränkung, daß den mehreren Abgeordneten derselben Kurie zwar die volle Theilnahme an der Verhandlung gewährt werde, bei der Abstimmung aber dieselben sich zu einer einzigen Stimme vereinen müssen. — In Antwort auf ein eben eingelaufenes Schreiben des Revisions-Ausschusses, den Geschäftsgang betreffend, wird beschlossen, gegen ersten Wunsch auszusprechen: daß die Vertrauensmänner fünfzig bei allen eingetragenen Beschlüssen der Bundes-Versammlung, welche in offizieller Form zur Publikation kommen sollen, zum Beirath zugezogen werden; so wie den weiteren Wunsch: daß der neulich erlassene Bundesbeschuß wegen Aufhebung der Ausnahmefreiheit in offizieller Weise zur Publikation gebracht werde. — Nach dem vorgedachten Schreiben des Revisions-Ausschusses soll, unter Beziehung auf einen beigelegten Bundesbeschuß vom 30. März, die Initiative und namentlich die Aufstellung eines Entwurfs zu einer neuen Bundesveraffung dem aus den Männern des allgemeinen Vertrauens zusammengesetzten Beirath überlassen sein. Es wird beschlossen, zur Ausarbeitung eines Verfassungs-Entwurfs eine Kommission niederzusetzen, und dazu werden berufen: die Herren Dahlmann, Jordan, Bassermann und Albrecht unter Zutritt des Vorsitzenden. Die Kommission wird ihre Arbeiten diesem Nachmittag beginnen.

6. April.

Dritte Sitzung der XVII.

Die Vorstände des von der Versammlung in der Paulskirche gewählten Fünfziger-Ausschusses, die Hrn. v. Soiron, Blum und Abegg, werden eingeführt und erneut an den Hrn. Präsidenten der XVII. gestellten Anträge: 1) wegen direkterer und mündlicher Kommunikation zwischen dem Bundestag, den XVII. und dem Fünfziger-Ausschuß; 2) wegen der Aufzeichnung von Seiten des Bundes zu den Wahlergebnissen der konstituierenden Versammlung nach dem Maßstab von 1 auf 50,000; 3) wegen der Stellung von Schleswig-Holstein zum Bunde. — Von Seiten der XVII. wird die Bereitwilligkeit erklärt, die Vermittelung des Fünfziger-Ausschusses mit dem Bundestag zu übernehmen. Sodann wird beschlossen, dem genannten Ausschuß vorzuschlagen, daß für den Zweck des mündlichen Geschäftsverkehrs diesseits einer Deputation bestellt werde, welche täglich zu verabredeter

Stunde die Anfragen und Anträge des Ausschusses entgegennehmen, und etwa gewünschte Erläuterungen und Mittheilungen über die Verhandlungen der XVII ertheile. Zu dem täglichen Zusammentritt mit den Vorständen des Fünfziger-Ausschusses werden neben dem Präsidenten der XVII die Herren von Wangenheim und Tott bezeichnet. Auch wird über obige drei Punkte der Herr Präsident der XVII unverwelt mit dem Bundes-Präsidium in mündliches Bernehmen treten. — Herr Droyßen hat schriftlich den Zweifel erhoben, ob er von der ihm nur bedingungsweise von der Bundesversammlung gestatteten Zulassung Gebrauch machen dürfe. Auf die ihm jedoch einstimmig zugegangene Erklärung, daß die bedingten Neuferungen des Heern Bundespräsidenten die XVII nicht abhalten können, ihn zur Behauptung seines Sitzes dringend einzuladen, hat Herr Droyßen erklärt, sich an den Sitzungen wieder beteiligen zu können.

7. April.

Zweite gemeinschaftliche Sitzung.

Auf Seiten der XVII sind neu eingetreten die Herren Kirchgesiner (Bayern), Gervinus (freie Städte), Taup (alte Stimme), zusammen mit Herrn Petri, und Lüther (sächsische Herzogthümer, gemeinschaftlich mit Herrn v. d. Gabelsberg). — Gegenstand der gemeinschaftlichen Verhandlung sind die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung. Nach langerer Erörterung über die Frage, ob das von Preußen unter dem 3. d. M. dem dortigen Landtage übergebene Provisionsbegriff für obige Wahlen — eine Abhaltung sein könne, den Beschlüssen der heutigen Versammlung Folge zu geben, wird im Gegentheil von Seiten der XVII an den Revisionsausschuss das einstimmige, dringende Ansuchen gestellt, sofort zu veranlassen, daß die in obiger Versammlung bezüglich der Wahlen gefassten Beschlüsse zum Bundesbeschluss erhoben werden. Hierauf erfolgt die Zustimmung und das Versprechen des Revisionsausschusses, daß die Bundesversammlung noch heute deshalb eine Sitzung halten werde.

Vierte Sitzung der XVII.
Sogleich nach der gemeinschaftlichen Sitzung halten die XVII noch eine gesonderte, worin folgende Beschlüsse gefasst werden: 1. über die Thätigkeit der Vertrauensmänner soll öffentliche Rechenschaft gegeben werden, und damit Uhlund beauftragt sein; 2. an die Bundesversammlung zu gesinnen, daß sie fortan ihre Beschlüsse in offizieller Form veröffentlicht lassen möge; 3. dem Wunsche der Commission zum Verfassungs-Entwurf gemäß, einige Gegenstände, die einer selbständigen Bearbeitung fähig erscheinen, von anderen Mitgliedern übernehmen zu lassen, wozu sich die Herren Taup und Tott bereit erklären.

8. April.

Fünfte Sitzung der XVII.

(Vorläufiger Bericht.)

Eingang des Bundesbeschlusses vom gestrigen Abend, wo durch dem in der gemeinschaftlichen Sitzung derselben Tages gestellten Ansuchen der Vertrauensmänner, hinsichtlich der in der Paulskirche über die Wahlen zu konstituierenden Nationalversammlung gefassten Beschlüsse entsprochen wird.

Aus Auftrag: Uhland.

(O.-P.-A.-Btg.)

Die Allg. Preuß. Btg. veröffentlicht das Protokoll der 27sten Sitzung der Bundes-Versammlung vom 2. April über die, dem (schon mitgetheilten) Beschuß in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit vorausgegangenen Verhandlungen. Das Protokoll schließt mit folgendem Schreiben der provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein an den deutschen Bund, d. d. Rendsburg, den 28. März.

Die provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein hat die Ehre gehabt, dem hohen deutschen Bunde durch ihr Schreiben vom 26. d. M. und durch dessen Überbringer, den Justizrat Schleiden, von der Lage des Verhältnisses in Schleswig-Holstein in Kenntniß zu setzen. — Mit Bezugnahme hierauf erlaubt sich die provisorische Regierung im gleichen Maße durch die Natur der Sache und durch die dringlichen Verhältnisse des Augenblicks geboten zu sein scheint. — Bisher ist das Herzogthum Schleswig noch nicht zum deutschen Bunde gehörig gewesen. Aber schon die schleswig-deutsche Sitzung versammlung des Jahres 1846 beschloß in Veranlassung eines offenen Briefes Sr. Majestät des Königs von Dänemark a. d. 8. Juli 1846 fast einstimmig einen Antrag an den König, die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bunde bewirken zu wollen. Die immer weiter greifende Gefährdung der Selbständigkeit Schleswigs und seiner eigenen Verbindung mit Holstein mußte das Verlangen nach einer Sicherung, die allein für die Dauer alle Besorgnisse zu entfernen vermag, nur noch steigern. In einer Versammlung ständischer Abgeordneter, welche am 17. d. M. in Rendsburg gehalten wurde, ward namentlich auch der Einstieg Schleswigs in den deutschen Bunde als eines der wesentlichen Erfordernisse zur Sicherung der Herzogthümer ausgeschlossen und der nach Kopenhagen gesandten Deputation aufgegeben, um denselben auf das dringendste zu bitten. Die Antwort des Königs, unter dem Einfluß sehr bedeutslicher Volksbewegungen gegeben, lautete, wie dem hohen deutschen Bunde bereits bekannt ist, dahin, daß Sr. Majestät das Herzogthum Schleswig dem deutschen Bunde einzurichten wolle, weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen habe, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame Verfassung kräftigen zu wollen. — Die hohe und energische Bewegung, die in diesem Augenblicke die Herzogthümer erfüllt, würde allein schon hinreichender Beweis sein, wie vollkommen im Widerspruch mit den Wünschen, den Interessen, dem Rechtsgefühl der Bevölkerung diese Entscheidung ist. Mehr als je fühlt sie sich zu Deutschland gehörig, sie erhebt sich mit freudigem Muthe, alles daran zu wagen, um für immer ihre Schicksale an die des gesamten deutschen Vaterlandes zu knüpfen. Und das Herzogthum Schleswig wird demselben fernerhin nicht fehlen dürfen. — Die Aufnahme Schleswigs in den Bunde in dem liegenden Augenblicke in Anregung zu bringen, sieht sich die provisorische Regierung durch folgende Betrachtungen veranlaßt.

Durch die seitens Sr. Majestät des Königs von Dänemark jetzt ausgesprochene Inkorporation Schleswigs ist die Frage auf unbestimmte Weise einseitig entschieden, und die unvermeidliche Folge dieser Entscheidung würde ein Kampf sein, dessen unzweckhafter großer Verwüstungen sich zunächst auf die Herzogthümer ergießen würden. Die sofortige Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bunde würde zunächst nichts Anderes als die Sicherung des status quo sein und namentlich, indem die Streitmacht des deutschen Bundes dessen einstweilige Aufrechterhaltung garantierte, die Mögliche-

keit gewähren, durch Verhandlungen diejenige fernere Weite Stellung des selbständigen Herzogthums Schleswig, welche den Wünschen und Interessen der Bevölkerung entsprechend ist und sich als eine zeitgemäße Weiterführung alter, zwischen Fürst und Ständen vereinbarter Rechte darstellt, gegen die Annahmen und Neuerungen Dänemarks zu sichern. — Somit beantragt die provisorische Regierung, überzeugt, daß der Landesherr, wenn er sich in unserer Mitte befände, nicht anders thun werde:

es wolle der hohe deutsche Bund die Aufnahme Schleswigs in die Reihe deutscher Bundesstaaten ungefährt beschließen und die angemessenen völkerrechtlichen Feststellungen dieser Aufnahme veranlassen.

Rendsburg, den 28. März 1848.

Die provisorische Regierung.
Beseler. Friedrich Pr. zu S. Holstein. J. Neventhou. M. L. Schmidt. Bremer. Ch. Olshausen.

Droyßen.

Präsidium schlägt vor, einen Ausschuß von sieben Mitgliedern zur Begutachtung dieser Angelegenheit niedezusezen. — Die Bundes-Versammlung erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden. — Durch die hierauf vorgenommene Wahl wurden die Herren Gesandten von Österreich, Preußen, Bayern, Königreich Sachsen, Hannover, Baden und Großherzogthum Hessen zu Mitgliedern dieses Ausschusses ausgesetzt.

München, 8. April. Einer der wichtigsten Gesetzes-Entwürfe zum Ausbau der Staatsverfassung ist der heute von dem Staatsminister der Justiz eingebrachte Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister. Derselbe enthält in 14 Artikeln folgende Grundbestimmungen: Art. I. Nur einem Staatsrath im ordentlichen Dienste kann bleibend ein Ministerium übertragen werden. Der Art. II. bestimmt d's Interimistum im Falle legaler Verhinderung oder einer Bakatur bis zur sofortigen Wiederbesetzung. Art. III. Ohne Gegenzeichnung des betreffenden Ministers sind königliche Anordnungen nicht vollziehbar. Art. IV. Der Vollzug ohne Contrasignatur wird an dem vollziehenden Staatsbeamten als Missbrauch der Amtsgewalt bestraft. Art. V. Wer eine königl. Anordnung gezeichenet, übernimmt die volle Verantwortlichkeit für deren Inhalt. Art. VI. Die Minister sind den Ständen des Reichs verantwortlich für jede vorstellig begangene oder wissenschaftlich zugelassene Verletzung der Gesetze. Art. VII. Der Staatsminister, welcher eine ihm angesessene Amtshandlung für verfassungs- oder gesetzwidrig hält, ist zu deren Ablehnung und im erfolglosen Falle zur Bitte um Erhebung von seiner Stille befugt, wobei ihm aber seine pragmatischen Rechte verbleiben. Art. VIII. Die nötigen Behelfe zur Rechtsfertigung verbleiben dem abgetretenen Minister. Art. IX. bestimmt das Nähere über Anklage und Suspension der Minister (im Falle des Art. VI.); einem besonders zu berufenden Staatsgerichtshofe liegt die Entscheidung der erhobenen Anklage ob. Art. X. Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes sind mündlich und öffentlich. Die Einreichung und Vertretung der Anklage geschieht durch Bevollmächtigte der Stände des Reichs. Jede der beiden Kammern hat zu diesem Behufe zwei ihrer Mitglieder durch absolute Stimmenmehrheit auszuwählen und abzuordnen. Über die Thatfrage der Anklage haben Geschworene, über die Rechtsfrage rechtskundige Richter zu entscheiden. Die näheren Bestimmungen über das Verfahren finden sich in dem (neuen) Strafprozeß. Der Art. XI. normirt die Strafen, als 1) Entfernung vom Dienste mit Ruhegehalt, 2) Dienstesentlassung ohne Ruhegehalt und 3) Dienstesntzung (Kassation). Art. XII. Die Begnadigung ist ausgeschlossen. Die Rehabilitierung des Verurteilten kann nur mit Zustimmung der Stände des Reichs erfolgen. Art. XIII. Die Verfolgung des Schuldigen wegen gemeiner Verbrechen und Privatverlehung bleibt außerdem den ordentlichen Gerichten überlassen. Art. XIV. Vorstehendes Gesetz tritt als Bestandtheil der Verfassungsurkunde mit seiner Publikation in Wirksamkeit. (N. R.)

Donauerschingen, 8. April. Von hier wurde heute eine zweite Deputation ernannt, um sich nach Karlsruhe zu begeben und dem Großherzog einen Beschluß nachstehenden Inhalts persönlich zu überreichen: Die militärischen Gewaltmaßregeln werden als Vorrath vom Volke angesehen; dasselbe verlange daher die augenblickliche Entfernung der Minister des Innern, Beck, des Neukirch, v. Dusch, und des Kriegs, Hofmann, und an deren Stelle die Abgeordneten Peter, Heckler und Brentano. Auch soll alles nicht badische Militär von der Grenze entfernt werden. Für den Fall, daß der Großherzog sich zu dieser Maßregel nicht verstehen könnte, möchte er der Krone entgegen und es solle eine Volksregierung eingesetzt werden, weil man sonst nicht mehr im Stande sei, die Massen im Zaume zu halten. — Nachschrift. So eben kommen die Regierungs-Kommissäre v. Stengel und Fromherz hier an, denen das Gefährliche ihrer Mission vorgestellt wurde, worauf sie alsbald zu dem Generalstab nach Schweringen reisten.

(Oberh. 3.)

Mannheim, 9. April. Die „Mannh. Abendzg.“ theilt aus den „Seblättern“ folgende Stelle mit, welche Fickler an seine Bürgerschaft und das deutsche Volk in Baden in dem Augenblicke schrieb und veröffentlichte, als vor 12 Tagen in den Seekreis die Nachricht kam,

dass 20—40,000 bewaffnete deutsche Arbeiter, Polen und Franzosen, in unser Land eingebrochen seien: „Kein Ereignis könnte für die ruhmvolle Erhebung des deutschen Volkes von betrübender Folgen sein, als ein solches Eindringen und solche Einmischung. Schon die bewaffnete Einmischung des Auslandes überhaupt müssen wir als ein großes Nationalunglück betrachten, um wie viel mehr einen Einfall, der Plünderung, Mord und Brand in seinem Gefolge hat. Liebe Bürgerschaft zu Stadt und Land! Halten wir fest zusammen, um einerseits die innere Freiheit zu erringen, andererseits wacker und manhaft dem äußeren Feind zu wehren. Vor allem aber sei unsere Losung; Keine politische, keine persönliche Rache, keine Verlehung der Personen und des Eigentums.“ Zeigen wir uns als freie Männer, würdig der Freiheit! Euer Bürgerschaft, J. Fickler.“

Kassel, 10. April. Die Stadt ist seit gestern Nacht in großer Aufregung. Seit einigen Tagen hatten bei nächtlicher Weile mehrere lärmende Bezeugungen öffentlicher Unlust sowohl gegen frühere, als noch im Umkreis stehende Staatsbeamte statt; gestern Abend hatte jedoch eben eine zahlreiche Menge einem gegenwärtigen Ministerial-Vorstand ein freudiges Lebendes gebracht (nach einigen Berichten wäre das Haus eines anderen Staatsdieners mit minder willkommenen Lauten begrüßt worden) und zog in Gegenwart eines Bürgergarde-Pikets über den Garde du Corps-Platz, als eine noch nicht genau bekannte Anzahl (nach Einigen zwanzig, nach Anderen vierzig) Garde du Corps im Stall-Anzuge, aber mit Pallaschen bewaffnet, bei den Messbuden den Volkszug angriff, Bewaffnete und Unbewaffnete zum Theil schwer verwundete und sich dann in die Kaserne begab, wo von beiden Seiten auch Schüsse fielen. Sofort wurde Alarm geschlagen, mit Blitze schnelle ging die Kunde durch die Stadt; in kurzer Zeit waren Barricaden errichtet und die ganze innere Stadt abgesperrt; eine Abtheilung Bürgergarde stellte sich vor dem Palais, andere starke Abtheilungen auf dem Königs-Platz, in der Königs-Straße ic. auf; eine Menge Volkes eilte ins Zeughaus und bemächtigte sich vieler Waffen. Die ganze Nacht hörte man Schießen. Die Garde du Corps wurden noch um 12 Uhr nach der Umgegend verlegt. Heute früh ist ihre Kaserne mit Bürgergarde besetzt; eben ist das Volk beschäftigt, die Inschrift über dem Portal abzunehmen. Die Stände sind versammelt, und die Minister haben sich nach dem Palais begeben. (Kass. 3.)

Luxemburg, 3. April. Die hiesige Regierung hat heute die nachstehende Proklamation erlassen: „Luxemburger! Die Regierung hat so eben an der Seite der Nationalfarben die Fahne des deutschen Bundes aufgestellt. Diese Fahne ist der Schirm für alle deutschen Nationalitäten. Sie ist das Symbol der Freiheit und der fédérativen Wiedergeburt Deutschlands. Diese Fahne ist eine Protestation gegen jeden Versuch der Anarchie und fremden Eingriffes. Die innige Vereinigung mit Deutschland ist unser Recht, unsere Pflicht, unser Heil.“

(Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.) — Hamburg, 11. April. Der Herzog von Augustenburg ist gestern Mittag in Begleitung des Prinzen Waldemar von Augustenburg von Berlin angekommen und ist sogleich um 5 Uhr mit der Eisenbahn nach Rendsburg weiter gegangen. Er überbringt den dortigen preußischen Truppen die Ordre von Berlin, in Schleswig einzurücken. — Nach der zuverlässigsten Angabe wird der Status quo ante, dessen Wiederherstellung der Bundestag verfügt hat, von Preußen so interpretiert, daß darunter die völlige Rückwendung des Herzogthums Schleswig von Seiten der Dänen zu verstehen ist. — Die gestern angekommene preußische Artillerie, 4 Kanonen und 2 Haubitzen, ist heute Morgen um 10½ Uhr mit der Eisenbahn nach Rendsburg befördert worden. Im Ganzen befinden sich 7500 Mann preußischer Infanterie in Rendsburg und der Umgegend. Ein Regiment und 2 Batterien werden noch aus Preußen erwartet, so wie 2 Regimenter Kavallerie. — Gestern Abend standen die dänischen Truppen eine Meile jenseits Schleswig und diese Nacht um 2 Uhr sind sie, wie man sagt, 2000 Mann stark, in Schleswig eingetrückt.* Der Prinz von Noer hat sich mit dem Gros der schleswig-holsteinischen Truppen nach Hütten zurückgezogen. — Lieutenant Martens von der hamburgischen Freischaar schreibt aus Rendsburg gestern Nachmittag: „Wir marschieren heute noch fort, die Dänen stehen 4 Meilen von Rendsburg, das Corps ist von gutem Geiste besetzt.“ Rendsburg, 10. April, Morgens. Die Schlacht ist gestern auf allen Stellungen, die besetzt sind, allge-

* Leider werden hierdurch die Angaben des in der gestrigen Breslauer Zeitung mitgetheilten Privatschreibens aus Hamburg bestätigt. Das große, mächtige Deutschland hat sich von dem kleinen Dänemark eine Schlappe beibringen lassen. Deutschland hat sich nach dem alten Zopf auf diplomatische Unterhandlungen eingelassen, hat nach der bisher beliebten Manier auf Vermittelung gehofft, während die Dänen wirklich gehandelt haben und fast im Besitz des freitigen Gebietes sind. Wann wird Deutschland endlich lernen, in Bezug auf das Ausland einmal fest und energisch aufzutreten? Red.

mehr gewesen. Unsere Truppen, die freiwilligen nicht minder, als die regulären, haben mit der größten Tapferkeit und Ausdauer gekämpft. Ein Bulletin von der Armee, eine offizielle Mithteilung war gestern Nacht um 12½ Uhr nicht eingegangen. Was man von der Schlacht und dem jetzigen Stande weiß, beruht auf Gerüchten, die jedenfalls übertrieben sind. Indes ist so viel gewiß, daß das Linienbataillon, welches von Oberstleutnant Grafen von Baudissin geführt wird, im Kampfe gegen 4 feindliche Bataillone sehr gelitten hat. Eben so auch die Studenten und Turner, welche mit bewundernswertester Tapferkeit gekämpft haben. Unsere Truppen haben sich bei Idstedt etwa 1½ Meilen von Schleswig, wieder gesammelt. Indes ist es wahrscheinlich, daß sie diese ungünstige Stellung nicht lange behaupten und sich hinter Schleswig zurückziehen werden. Die Dänen haben bei weitem mehr Leute verloren, als die unsrigen. Ein sehr hartnäckiges Gefecht. Indes waren sie uns um 4000 Mann an Zahl überlegen, haben auch bei weitem mehr Artillerie. Unsere Kanonen sind bei Verlust aufgepflanzt. Bevor unsere Truppen nach Rendsburg zurückgehen, wird noch ein ernster Kampf geschlagen werden. Die Diplomatie hat das Leben vieler Tapfern auf ihrem Gewissen. Während sie ruhig verhandelt, muß Deutschland es aufschauen, daß der Däne sich den Meister von Schleswig nennen kann. Die Familien der Beamten und angesehensten Einwohner sind aus Schleswig geflüchtet. Spät nach Mitternacht ist ein Bericht über das Gefecht bei der provisorischen Regierung eingegangen, wonach unsere Lage keineswegs so ungünstig ist, wie manche Gerüchte sie bezeichnen. Ich wage nicht, Näheres, was gesagt wurde, mitzutheilen, weil die Nachrichten, welche uns zukommen, nicht beglaubigt sind.

Ein anderes Schreiben von demselben Datum meldet: Unsere Truppen haben heute auch die Stadt Schleswig geräumt, die von den Dänen heute Nacht besetzt sein wird. Unser Rückzug ist nach Wittensee gegangen, wo unsere Armee aufgestellt ist. Bei Eckernförde wird eine Landung der Dänen beabsichtigt, die nicht zu verhindern ist; den gelandeten Truppen soll aber begegnet werden. — Durch die Verräthelei der Bürger im Nordertheil der Stadt Flensburg ist am mitternachmittag gegen uns gewirkt worden. Einzelne Abtheilungen unserer Truppen haben viele Verluste erlitten, mehrere Offiziere sind gefallen. Aber der Feind hat den durch eine Kombination günstiger Umstände errungenen Vortheil sehr theuer erkauft müssen. Eine günstige endliche Entscheidung unserer Sache wird von keinem Vaterlandsfreunde bezweifelt. Noch aber gilt es mehr als Einen blutigen Kampf. — Während unser großes Vaterland jetzt schon seit einer Reihe von Jahren das Lied von Schleswig-Holstein mit deutscher Begeisterung gesungen hat, sieht es in diesen Tagen, wie es scheint, mit unthätiger Ruhe zu, wie man in unserer Nordmark, im Herzogthum Schleswig, dem von Rechts wegen mit Holstein unzertrennlich verbundenen Lande, im ungleichen Kampfe sich blutig schlägt. Können wir in dem großen Deutschland etwa vor lauter sozialen Kämpfen nicht zu dem Hauptkampfe, der Landwehr gegen den auswärtigen Feind, gelangen? Wir haben gestern durch die Dänen, die doppelt so stark als wir im Felde uns gegenüber stehen, eine schwere Schlappe erlitten. Unseren Verlust kennen wir noch nicht genau, so wenig wie den unsers Feindes, aber leider ist es gewiß, daß es ein blutiges Gefecht gegeben hat, welches uns nicht allein unsere Position bei Flensburg gekostet, sondern uns auch genötigt hat, hinter Schleswig zurückzugeben, wo unser Heer sich einige Meilen nördlich von Rendsburg aufgestellt hat. Und was über den Verlust der einzelnen Heeresabtheilungen verlautet, jedoch bis jetzt ohne sichere Verbürgung im Detail, ist von der Art, daß ein tiefer Schmerz das gesamte Land durchzucken muss. Es soll unter andern das Freicorps der Kieler Studenten, so wie das Kieler Jägerkorps, dem jenes annexirt ist, furchtbar gelitten haben; es ist vielleicht zum größten Theil aufgerieben oder gefangen worden, obgleich von allen Seiten die edelste Tapferkeit demselben nachgerühmt wird. Ist dem so, wie wir leider zu fürchten manchen Grund haben, so ist die schönste Blüthe des Landes, die Jugend der gebildtesten Familien aus Holstein und Schleswig, für die Ehre und deutsche Nationalität der Heimath auf dem Schlachtfelde gefallen. Solches geschieht, wie können vielleicht morgen hier den Kanonendonner der Schlacht hören, und die schönsten preuß. Truppen, vielleicht die schönste Infanterie Deutschlands, stehen dabei ruhig hinter den Wällen der Festung Rendsburg, fünfthalb Tausend Mann schon stark, und sind im höchsten Grade kampfbereit und kampfbegierig. Sie wartet nur auf den höheren Befehl zum Aufbruch. Wie ist das möglich? Die Schuld liegt theils an der deutschen Langsamkeit, theils in der deutschen Bundespraxis, die dem raschen Pulsschlag unserer Zeit nicht gewachsen ist, theils in Rücksicht-

nahmen links und rechts, die unverantwortlich sind, wo das Vaterland blutet.

Die Verfügung der provisorischen Regierung, betreffend die Volksbewaffnung, lautet vollständig also: „Es hat in den letzten Wochen die Bewaffnung des Volks im ganzen Lande begonnen, aber nicht allein die innere Sicherheit des Landes darf der Zweck derselben sein. Seitdem die unversöhnlichen Feinde unseres Vaterlandes den Krieg begonnen haben, muß der vorzügliche Zweck der Volksbewaffnung die Vertreibung des Feindes aus den Gränzen des Herzogthums Schleswig sein. Ein fortgesetzter Angriff, eine unermüdliche Vertheidigung Seitens des bewaffneten Volkes ist das Mittel. Mag das Militär des Feindes durch Übung in den Waffen im Vortheil sein, das Bewußtsein der gerechten Sache, Vaterlandsliebe, Ausdauer und Erbitterung werden der zusammenretenden Volksbewaffnung den Sieg sichern. Die Pflichten, welche der Volksbewaffnung in denjenigen Gegenden obliegen, in welchen sich der Feind zeigt, werden von allen Schleswig-Holsteinern mit Hingebung und Begeisterung erfüllt werden.“ § 1. Jeder Staatsbürger ist verpflichtet, sich dem andringenden Feinde mit Waffen jeder Art zu widersetzen, seinen Befehlen und Ausschreibungen nicht zu gehorchen, und wenn der Feind solche mit Gewalt betreiben will, ihm durch alle nur aufzubietenden Mittel, welche mit der Manneskehr vereinbar sind, zu schaden. § 2. Demnach haben sich in den bedrohten Gegenden überall die bewaffneten Männer und Junglinge zu größeren oder kleineren Abtheilungen je nach dem Umfange der Gefahr und örtlichen Verhältnissen zu vereinigen. Bei größeren Unternehmungen haben mehrere Abtheilungen in Gemeinschaft zu wirken. § 3. Es kann dabei keinen Unterschied machen, ob Theile unseres stehenden Heeres in der Nähe oder entfernt sind; auch allein und besonders kann die Volksbewaffnung dem Feinde unersehlichen Schaden zufügen. Stehen befriedete Corps in der Nähe, so haben die bewaffneten Abtheilungen des Volks sich wo möglich mit den Commandirenden der Corps in Verbindung zu setzen und nach den Anordnungen derselben zu verfahren. § 4. Es tritt mit jeder Annäherung des Feindes ein Kampf der Nothwehr ein, der alle ehrenhaften Mittel heiligt. Die vernichtendsten Mittel sind die vorzüglichsten, denn sie führen am schnellsten zum Sieg der gerechten Sache. § 5. Die Volks-Bewaffnung hat dem Feinde den Einbruch wie den Rückzug zu versperren, ihn beständig außer Atem zu halten, seine Munition, Lebensmittel, Boten, Nachzügler aufzufangen, seine Hospitäler aufzuheben, nächtliche Überfälle auszuführen, besetzte Ortschaften zu befreien, ihn einzeln und in Trupps zu vernichten, wo und wann es nur möglich ist. Es muß in kurzer Zeit der Feind dahin gebracht werden, daß er nicht mehr als wagen darf, kleine Detachements zum Fouragieren und Reklassieren auszusenden, ohne zugleich die Gewissheit zu haben, daß sie ihm erschlagen werden. Dränge der Feind vorwärts, so muß die Volksbewaffnung der Gegenden, welche auch noch so entfernt in seinem Rücken und seiner Seite liegen, ihm die Verbindung mit seinem Stützpunkte erschweren und abschneiden und um nichts weniger in der eben angeborenen Weise unermüdlich verfahren. § 6. Ausziehende Abtheilungen haben sich für mehrere Tage mit Proviant zu versorgen; die Herren haben für ihre ausziehenden Knechte denselben zu liefern. § 7. Die Waffen seien solche, wie die Noth sie giebt. So weit nicht die gesandten und noch zu sendenden Flinten und Böllern mit und ohne Bayonet ausreichen, sind die gerade geschmiedeten Sensen, Piken, Säbel, Beile, Heugabeln, mit Blei ausgefüllte Stöcke von entscheidender Wirkung. § 8. Für die Verwundeten und für die Witwen und Waisen der Gefallenen wird durch die Kommune und von Staatswegen gesorgt werden. § 9. Für die dem Kriege ausgesetzten Gegenden nördlich der Eider und des Kanals, zunächst für die Landschaft Angeln treten diese Bestimmungen in Kraft und werden noch erforderlichen Fälls Sestens des Generalkommandos besondere Anordnungen erlassen werden. Die Gefahr rechtfertigt die Zumuthung großer Anstrengungen. Es ist unser Kampf ein Kampf für die höchsten Güter der Menschheit, die Nationalität und die Freiheit; Recht und Gerechtigkeit stehen uns zur Seite und der allmächtige Gott wird diese Erhebung eines begeisterten Volkes segnen. Rendsburg, den 8. April 1848. Die provisorische Regierung. Bevölker. J. Bremer. Th. Oldhausen.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. April. Die Nachricht von dem Einmarsch der Preußen in Holstein und Rendsburg hat die Gemüther hier nur noch mehr erregt. Viele zweifeln nicht daran, daß es mit ihnen zum Kampfe kommen wird, fürchten auch nicht für den Ausfall und haben dabei besonders den großen Verlust hervor, den der preußische Seehandel leidet wird, indem der Sund den preußischen Schiffen gleich gesperrt werden wird, dieselben durch dänische Kriegsschiffe weggenommen und die preußischen Häfen blockiert werden.*). Die jetzige Regierung wird sich auch gewiß nicht lange besinnen, solche Maßregeln zu ergreifen, wenn preußisches Militair sich mit dem schleswig-holsteinischen im Herzogthum Schleswig wirklich vereinigen sollte. — Mit der Ausrüstung der Linienschiffe hat der neue Marineminister, Com. Zahrtmann, noch nicht angefangen, es sind bis jetzt nur Corvetten und Brigg's in See gegangen, und zwei Fregatten sollen am Donnerstag auslaufen; solche sind aber mit den vielen Kanonenbooten und Dampfschiffen hinlänglich. Von Seeläutern sind von den Inseln und Küsten jetzt so viele hier angekommen, daß sie in die von Soldaten jetzt entblößten Kasernen haben einzquartiert werden müssen.

Deutschreich.

** Wien, 11. April. J. M. der Kaiser und die Kaiserin sind gestern Abend aus Pressburg zurück hier eingetroffen. Der Kaiser hatte die Reichsversammlung durch eine Thron-Rede in ungarischer Sprache geschlossen. Unermeßlich war der Enthusiasmus bei der Abreise der Majestäten. Im Juli wird der Reichstag in Pest wieder eröffnet werden. — Aus Kra-

kau sind die gestrigen Briefe einiger Maken beunruhigend. Das Volk verlangt die Entfernung aller deutschen Beamten. In Betreff einer russischen Invasion war man etwas beruhigter. Der russische General Rüdiger hatte an der Grenze erklärt, daß alle militärischen Anstalten blos zur Vertheidigung des Königreichs Polen gegen jeden Angriff gerichtet seien. — In Lemberg und allen übrigen Städten herrschte die größte Ruhe, allein Briefe aus Czernowitz vom 5. wollen wissen, die ganze Moldau sei im Aufstande und überall zeigt die Tendenz sich, an das nun frei gewordene Österreich anzuschließen. — Hier herrscht noch immer einige Aufregung unter den arbeitenden Klassen, und es gestalten sich die Ansichten für den Verkehr, Handel und Wandel immer trauriger. Der mindergedrückte Adel entläßt den größten Theil seiner Dienerschaft, und die halbgerödete Geld-Aristokratie schränkt sich nach allen Seiten ein. — Die mit den Pazification-Berträgen nach der Lombardie bestimmten Minister Hartig und Hofrat Ezörnig sind erst gestern Abend über Triest abgereist.

** Wien, 12. April. So eben ergeht von der General-Artillerie-Direktion die Anordnung, daß aufs schleunigste 200 Mann Artillerie nach Ulm und 200 Mann Artillerie nach Raßdorf in Marsch gesetzt werden.

8. Wien, 12. April. Privatbriefe aus Triest und Verona melden einstimmig von einem Sieg, der der Feldmarschall Radetsky in offener Feldschlacht über die sardinische Armee am Mincio errungen haben soll und Manche lassen sogar den König Karl Albert in österreichische Gefangenschaft gerathen. Mit Spannung sieht man hierüber offiziellen Kundgebungen entgegen, mit denen unser Minister des Auswärtigen, Graf Fiquelmont, leider so überaus sparsam ist und hierdurch die Börse den größten Schwankungen bloßstellt.) — Jetzt, wo die kaiserliche Familie mehr als je der Popularität bedürfte, geschieht von einzelnen Gliedern derselben Alles, um den Nimbus zu zerstören, der das Kaiserhaus in den Augen des Volkes noch umgibt. Die Gazzetta di Milano hat zwei Briefe abgedruckt, die der junge Erzherzog Sigismund, ein Sohn des Bizekönigs, an seinen Bruder Erzherzog Ernest geschrieben hat, und welche von den Insurgenten aufgefangen und der provisorischen Regierung ausgeliefert worden sind. Zu vielfache Details, die einem Dritten, zumal einem Italiener ganz unzugänglich wären, lassen leider an der Echtheit dieser Briefe kaum mehr zweifeln, die den Verfasser als einen ganz und gar verächtlichen Menschen erscheinen lassen. Nicht auch die Nation und deren Freiheit ist ihm ein Gelegenstand pöbelhaften Spottes, wie denn der gesammte Inhalt den Stempel einer gemeinen Seele trägt. — Gestern und heute marschirten zwei Bataillone des k. k. Infanterie-Regiments Grabowsky auf der Eisenbahn nach Grätz ab, wo die Bewegung den gefährlichen Charakter eines Krieges der Armuth gegen den Reichthum angenommen hat, und die Proletarier geschworen haben, die Stadt an vier Ecken in Brand zu stecken. Dr. Emperger ist der Führer der Massen und hat dem Gouverneur Graf Wickenburg alle Gewalt aus den Händen gespielt. Das Militär fraternisiert mit dem Volke und viele Soldaten kommen nicht mehr in die Kaserne heim. — Auf der Börse macht die Nachricht großen Eindruck, daß die Nationalbank der Finanzverwaltung ein Darlehn von 30,000,000 Fl. zu geben beschlossen habe, wofür die Staatsgüter als Hypothek dienen sollen. Niemand zweifelt, daß die ungewöhnlichen Staatsausgaben in den letzten Wochen, wo sich bereits ein Defizit von 8 Millionen herausstellte, eine solche Maßregel als nothwendig erscheinen lassen, aber Ledermann hat zugleich erwartet, daß in diesem Falle, statt den bezeichneten Weg einzuschlagen, den übrigens das Ministerium dem künftigen Reichstag gegenüber wird zu verantworten haben, die Mitglieder des kaiserlichen Hauses, die bekanntlich sehr reich sind, und ihren Reichthum gewiß nur im Zusammenhang mit der Nation erworben haben, dem Staatsbedürfnis ein Opfer gebracht hätten, allein der Hof scheint auf die neue Ordnung der Dinge wenig zu geben und deshalb sein Geld lieber zu behalten.

Nachdem durch einen Bundesbeschluß festgesetzt war, daß Männer des allgemeinen Vertrauens nach Frankfurt abgeordnet werden sollen, um der Bundesversammlung bei dem Worte der Revision der Bundes-Verfassung mit ihrem Beirat an die Hand zu gehen, so haben Se. Majestät der Kaiser zu diesem Behufe für Österreich den N. Österr. ständischen Bevollmächtigten und k. k. Appellationsrat Anton Ritter von Schmerling, und zu dessen Beihilfe und Vertretung im Verhinderungsfalle den N. Österr. Landrat Franz Freiherrn von Sommaruga zu bestimmen und nach Frankfurt abzufahren geruhen. (W. Z.)

*) Die italienischen Blätter melden von diesem angeblichen Siege Radetskys noch nichts. Red.

*) Zu solchen Maßregeln wird sich die dänische Regierung schwerlich hinreichen lassen, denen die nächste Folge würde natürlich eine entscheidende Bewegung Preußens von der Landseite her gegen Dänemark selbst sein. (B.-H.)

Erste Beilage zu № 89 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 14. April 1848.

* Aus dem Dzennik Narodowy führen wir einige bemerkenswerthe Punkte an, welche in der Verfügung des Gouverneurs zu Lemberg vom 5. April d. J. in Betreff des Erlasses der Frohndienst von Seiten der Grundherrschaft enthalten sind: 1) Der Gutsbesitzer, welcher die Absicht hat, seinen Gutsangehörigen den Frohndienst unentgeltlich zu erlassen, muß in dem betreffenden Kreisamte vor allem: a) über ein rechtsträftiges Dokument aussstellen und ihm klar und deutlich aussprechen, daß er den Frohndienst ohne Bedingungen erlässt, und daß demnach durch diese Schenkung die Rechte der Gutsunterthanen gegenüber der Herrschaft keine Aenderung noch Verkürzung erleiden sollen, und daß er das Einverleihen dieser Urkunde in die Landestafel genehmige; b) durch einen Auszug aus der galizischen Landestafel nachweisen, daß sein Eigenthum schuldenfrei ist. 2) Wenn der Grundherr erklärt, daß er die Frohnde nur unter gewissen Bedingungen erlassen will, wodurch die bisherigen Rechte der Unterthanen verändert oder geschmälert, oder auch neue Verpflichtungen ihnen auferlegt würden, so ist seine Handlung kein Geschenk, und kann sie rechtliche Gültigkeit erlangen, wozu aber die freiwillige Einstimmung der Gutsunterthanen und die strenge Beobachtung des Patents vom 1. September 1798, besonders aber die Bestätigung des Kreisamtes erforderlich ist. — Nach einer Nachricht in demselben Blatte aus Tschernowitz, den 29. März, ist in der Moldau ebenfalls die Revolution ausgebrochen. Der Fürst der Wallachei und eine Menge Bojaren haben sich über die Grenzstation Sinsus nach Galizien geflüchtet, weil das Volk seine Wuth an den Beamten und dem Adel ausübt. Es heißt, die Russen hätten in Jassy Quartiere bezogen und wollten die Moldau besetzen.

Preßburg, 10. April. Der Erzherzog Stephan hat wieder Alles zum Guten gewendet. Alle Gesetzesvorschläge des Reichstags sind sanktionirt und die ungarischen Minister sämtlich bestätigt worden. Der König ist um 6 Uhr auf einem Dampfschiff hier eingetroffen und mit der Königin und den Erzherzögen Franz Carl und Franz Joseph in einem Wagen durch die Stadt unter dem Eisenruse der unübersehbaren Volksmenge gefahren. Jetzt ist die Stadt glänzend erleuchtet. Der König empfängt noch heute die Huldigung der Stände, und wird morgen die Auflösung des denkwürdigen Landtags persönlich vollziehen. Die k. Sanktion der reichstädtlichen Gesetze, diese Magna Charta Ungarns, wird auch auf dem Promenadeplatz vor den aufgestellten Nationalgarden feierlich verlesen werden. Der Hof soll noch morgen nach Wien zurückgehen. Am Primatepalast, wo der Hof residirt, sind zwei deutsche Reichsfahnen aufgepflanzt. Von den höchst wichtigen letzten Verhandlungen des Landtags habe ich nur die interessantesten Pointen hervor. Der Landtag gab dem Ministerium ein Vertrauensvotum, forderte dasselbe auf, zur Wiederherstellung Polens kräftig mitzuwirken und sprach in den ehrenvollen Ausdrücken von der französischen Republik. Die hingerichteten Opfer der Martinovoch'schen Verschwörung von 1792 wurden unschuldig erklärt und deren Überreste sollen ausgegraben und als Reliquien verehrt werden. Der katholische Clerus hat eine Denkschrift zur Wahrung der Interessen der katholischen Kirche eingerichtet, auf die ich ein anderes Mal zurückkommen will.

Nach schrift. Die neueste Nummer des „Pestilenzblatt“ sagt, daß die österreichische Staatschuld von Denjenigen gezahlt werde, welche sie gemacht haben. Es weist hierbei auf die Millionen hin, welche Kaiser Franz hinterlassen, und auf die französischen Entschädigungsgelder, von welchen den Provinzen nichts zugekommen. — Den 11. April, 1 Uhr Nachmittag. Eben ist der Hof unter gleich begeistertem Zuruf wie gestern bei der Ankunft nach Wien zurückgekehrt.

+ Krakau, 12. April. Es hat sich herausgestellt, daß die hierortige Geburts- und Geldaristokratie, dieses heut zu Tage leider überall im Bunde gegen wahre Volksfreiheit stehende Element der menschlichen Gesellschaft, den Kreishauptmann Krieg zu dem, den 10. vermittelten, Befehle zur Gefangennehmung der anwesenden Emigranten veranlaßt hat, worüber denn die gezeigte Entrüstung der wackeren Demokratie in Krakau auffschlug. Das öffentliche Organ dieses faulen Fleckes des poln. Volkes ist ein von Hrn. Meciszewski redigirtes „Nationalblatt“, welches ohngeachtet des in letzterem nur hoch betheuerten politischen Glaubensbekenntnisses doch Verabscheuung verdient, da dasselbe „Ruhe und Ordnung um jeden Preis, selbst um den der Knute“ predigt, und in seiner Auffassung und Darlegung politischer Zustände ein durchaus jesuitisches, polenfeindli-

ches Gepräge trägt, so daß wir in dem Herrn Redakteur nicht weniger die Bildungsfähigkeit zu einem Metternichschen Hurter anerkennen müssen, als wir jeden um die Wiederherstellung seines Vaterlandes beforgten Polen vor solchen Diatriben und Ausgeburten der polnischen Aristokratie, die leider „Nichts vergessen, aber auch Nichts zugelernt hat“, ernstlich warnen.

[Kriegsschauplatz.] Die provisorische Regierung der Lombardie macht nachstehende Nachrichten bekannt: Mailand, 3. April. Die österreichischen Besatzen von Padua und Vicenza konzentriren sich beim Heere, welches auf 40,000 Mann herabgeschrumpft, im Vereine mit den aus Tirol bezogenen Verstärkungen, zu Lonato eine Schlacht liefern zu wollen scheint. Das piemontesische Hauptquartier hat die leichtverloste Nacht in Cremona zugebracht. Der größte Theil der von König Karl Albert befehligen Truppen hat die Rückung von Pizzighettone, Sorensina und Cremona eingeschlagen; die gesammte piemontesische Colonne wendet sich also gegen Mantua. Eine von Brescia gestern Abends angekommene Staffette meldet, daß das vorgeschoßene Korps der lombardischen Freiwilligen in den Umgebungen von Gavardo mit dem Feinde handgemein geworden sei, worauf ein Schweizerkorps von 500 Mann und die Compagnien Negri und Camperio, in allem 700 Mann, zur Unterstützung eiligt dahin abgesandt wurden. Rovigo ist seit dem 18. in voller Bewegung. Am 24. März waren 6 Compagnien des 8. italienischen Jägerregiments daselbst eingetrückt: die Bürger nahmen den Obersten und die Offiziere gefangen. Zwei der besagten Compagnien zogen nach dem Po, um den dortigen Übergang zu bewachen; ein Theil setzte sich nach Zoldinora und Debadero, im Vereine mit dem von dem alten Obersten Sanfermo commandirten Freicorps, über Padua nach Vicenza auf den Weg. Diese zwei Milizenschaaren werden von zwei Kapuzinern begleitet, wovon einer die Nationalsfahne, und der andere ein Kreuz vorträgt. Ein anderes von dem Veteranen Giro angeführtes Korps, war mit zwei Kapuzinern und einem Priester an der Spitze, nach dem 5. Migli von Legnago entfernten Castagnaro von Rovigo abgegangen. Das Fort von Ferrara ist von 4000 Römern und von der Bürgerwache eingeschlossen.

Mailand, 4. April. Glaubwürdige aus Verona so eben eingelangte Nachrichten versichern, daß sich dort bei 9000 Mann, darunter 1000 Mann Dragoner und Husaren, davon 700 aus Peschiera und Pozzolengo herbeigezogene Kroaten, befinden. General d'Aspre hat an die Stelle des Generals Gerhardt den Befehl über dieselben übernommen. — Man meldet ferner: Vorgestern ist ein verkleideter österreichischer Generalstabsoffizier, welcher zur Auskundschaftung in Brescia weilte, dort von einem Österreichischen Soldaten erkannt und arretiert worden.

Piemonteser Blätter melden, daß König Karl Albert eine Bewegung gegen Parma und Piacenza be werkstelligen soll, seine zwei Söhne dagegen auf Mantua marschiren werden. Auch soll der sardinische Admiral, Prinz Eugen, im Begriffe stehen, mit Landungstruppen nach dem adriatischen Meere abzusegeln.

Die provvisorische Regierung von Venetia hat unter 6. d. M. verfügt: 1) Vom besagten Tage an müssen sämtliche Land- und Seetruppen um 9 Uhr Abends sich in ihren Kasernen befinden; 2) die Dimission des Bürgers Sebregondi von dem Amte eines Vicepräsidenten des politischen Magistrats in Venetia ist angenommen und an dessen Stelle der dortige Rath Trifoni ernannt; die durch die freiwillige Entfernung des Rathes Dörich als erledigt angesehene Protomedikatsstelle ist dem Bürger Penolazzi verliehen; 3) die am Wiener polytechnischen Institute studirenden venezianischen Jünglinge können ihre Studien an der Paduaner Universität mit beliebiger Eintheilung der Wahlfächer fortsetzen, und die von ihnen zu Militärdiensten allenfalls verwendete Zeit soll rücksichtlich der versäumten Zeit berücksichtigt werden.

Benedig, 5. April. Wir erhalten die Nachricht, daß die Österreicher alle Stellungen zwischen Villanova und Verona verlassen hatten, ohne sich irgendwo mit den Italienern in ein Gefecht einzulassen, und daß sie sich unter die Mauern der Stadt zwischen der Esch und zwischen Montorio zurückgezogen hätten.

Einem heut uns zugekommenen Schreiben aus Triest vom 9. April entnehmen wir Folgendes: Ein gewisser Solverini, der Unterschriften für einen An schluss an Italien, oder vielmehr für die Aufpflanzung der italienischen Fahne auf dem hiesigen Dome sammelte, wurde bei seinem Erscheinen im Tergesteum — dem Sammelplatz der Gebildeten — mishandelt.

Aus Benedig schreibt man uns: Hier haben sich zwei Parteien gebildet, eine für Österreich, die andere für Italien, beide ziehen mit Fahnen durch die Stra

ßen, und stehen sich feindlich gegenüber. Ein Aufruf ermahnt alle jene, die nicht erhungen wollen und die Ehre im Leibe haben, sich der österreichischen Fahne anzuschließen. Auch hatte die österreichische Partei sich nach Triest gewendet, damit die Dampfschiffahrtsverbindung wieder hergestellt werde, die schon zu wiederholten Maleen und eben jetzt wieder unterbrochen ist. Manin und Tommaseo sind verschwunden. — In Udine stehen 9 Amazonen an der Spitze der Bewegung. (Destr. 3.)

Italien.

SS Rom, 3. April. Diesen Morgen traf ein vom Legaten Balagna's, Cardinal Umat, an den Cardinal Staatssekretär Antonelli geschickter Courier mit der ersten Siegesnachricht der päpstlichen Truppen ein. Sie betrifft die für die österreichischen Truppen eben nicht glorreiche Übergabe der seit 1815 von ihnen besetzten gehaltenen Festung Comachio im Kirchenstaat ohne den mindesten Widerstand an die Operations-Corps des päpstlichen Generals Durando. Hier das Nähere dieses wichtigen Factums. Die in Ravenna mobil gemachte Colonne, bestehend aus Bürgergaristen, Schweizern, Dragonern und Artilleristen zur Bedienung zweier mitgenommenen Kanonen, trafen im Verein mit der Bürgergarde von Russi und St. Alberto am 29. v. Mts. gegen Abend unter Jubelruf der Einwohnerchaft in Comachio ein. Die Führer der Colonne konfirman am folgenden Tage mit dem österreichischen Festungs-Commandanten, der anfangs die geforderte Capitulation zurückwies. Allein noch am Abend des 30. kombinierte er mit dem Commandeur der Civica aus Ravenna, Major Montanari, mit dem schweizer Major von Gluz und mit dem Commandeur der Bürgergarde von Comachio folgende Punkte, welche in der österreichischen Kriegsgeschichte schwer auszulöschende Flecken bleiben werden:

- 1) Die österreichische Besatzung wird entwaffnet und läßt alle ihre Kriegsmunition in den Händen der päpstlichen Truppen.
- 2) Die Österreicher werden zur See heimgeschickt; die päpstliche Regierung besorgt die Mittel zur Ueberfahrt.
- 3) Dem österreichischen Commandanten werden fünf Tage Zeit gelassen, ein Inventar von allen in der Festung befindlichen Gegenständen aufzunehmen und diese den Commandeurs der päpstlichen Truppen einzuhändigen.
- 4) In der Zwischenzeit bewacht das päpstliche Militair die Festung, damit die Österreicher aus derselben nichts entwendet.

Rußland.

St. Petersburg, 6. April. Der Herr Kriegsminister, General-Adjutant Fürst Tschernyshew macht mittelst Tagesbefehls vom 19. März bekannt, daß nach einem allerhöchsten Befehle Sr. Majestät des Kaisers vom 17. März, in Veranlassung der Einberufung der auf unbestimmte Zeit und auf Jahresurlaub entlassenen Gemeinen, überhaupt im ganzen Militärtressort die Beurlaubung auf unbestimmte Zeit von Gemeinen, welche die dazu festgesetzte Zeit gedient haben, bis auf Weiteres zu beanstanden sei. (Petersb. 3.)

Kauen, 5. April. Bis zu diesem Augenblick sind hier noch gar keine russischen Truppen eingetroffen, auch weiß hier Niemand, daß solche erwartet werden. Die Nachricht, daß noch zwei Brücken über die Memel geschlagen werden sollen, ist völlig unbegründet. Der Personen- und Wagenverkehr von und nach Preußen ist durchaus ungehindert. Reisende nach Polen werden nur auf Pässe, die von russischen Gesandten visiert sind, eingelassen. Von hier aus sind schon mehrere Kähne mit Flachs und Leinsaat nach Königsberg und Memel abgeladen. Ein großer Theil der Wittinnen liegt ein paar Meilen von hier und seit seiner Reise ungehindert nach Preußen fort. Der Preis des Roggens ist hier, nachdem das russische Proviantamt seine Ankäufe eingestellt hat, um circa 6 Sgr. pro Scheffel gefallen. Der ganze Aufkauf betrug nur 1000 Last. Von Flachs, Hanf, Leinsaat und Roggen wird ein sehr bedeutendes Quantum bei dem günstigen Wasserstande sehr bald die preuß. Grenze erreichen. (Königsb. 3tg.)

Großbritannien.

London, 8. April. Die Nachrichten aus England drehen sich um den großen Aufzug, welchen die Chartisten für nächsten Montag angekündigt haben. Gestern haben sich nicht weniger denn 5000 Mann als Konstabler beeidigen lassen. Die Chartisten geben sich übrigens für so große Freunde des Friedens aus, daß ihr Führer O'Connor neulich im Parlamente, freilich unter Gelächter, erklärte, seinem Vorschlage nach sollten alle

Charisten, welche den Zug bildeten, vorher den Eid als Konstabler ablegen.

Im Unterhause erklärte Sir G. Grey sogar die bloße Versammlung auf Kennington Common für ungesetzlich. O'Connor sagte, er werde sowohl der Versammlung als dem Zuge beiwohnen. Eine Stunde lang ward darüber in den heftigsten Ausdrücken verhandelt. Sir G. Grey machte darauf seinen angekündigten Vorschlag zu einer Änderung des Gesetzes über Hochverrath. In England und in Irland bestanden darüber bisher verschiedene Gesetze. Der Minister schlug vor, die Strenge des englischen Gesetzes ein wenig zu mildern, und zwar dahin, daß nur Vergehnungen gegen die Person des Herrschers mit dem Tode bestraft würden, die übrigen mit Transportation nicht unter sieben Jahren. Ferner sollten alle Personen, welche zum Kriege aufzurüsten, gleichviel, ob mündlich oder schriftlich, dem Gesetze verfallen. Ohne ein solches habe Lord Clarendon erklärt, der hereinbrechenden Flut der Empörung keinen Damm entgegensetzen zu können. Herr J. O'Connell tadelte die Sprache, welche einige seiner Landsleute führten, hielt aber die bestehenden Gesetze für ausreichend. Die erste Lesung der Bill ward indeß mit 283 Stimmen gegen 24 genehmigt. Dann folgte eine sogenannte „Irische Debatte“ wie man die Versuche nennt, die hungernden Iränder mit Worten fett zu machen, und die Pächter-Bill der Regierung ward einem Ausschusse zur Prüfung überwiesen.

In Dublin werden so viel Truppen zusammengezogen, daß sie kaum ein Unterkommen zu finden wissen. Im Lande greift die Aufregung der Gemüther reißend um sich. Auch die Geistlichen beteiligen sich eifrig bei den Versammlungen. „Sechs Millionen“ sagte einer von ihnen, fordern Irlands Trennung von England, und Gott hat den Volkswillen durch die wunderbaren Triumphe des europäischen Festlandes geheiligt.“

Frankreich,

* Paris, 9. April. (Offizielles.) Auf den Vorschlag der Arbeiter-Kommission und in Erwägung, daß das Hauptprinzip der siegreichen Republik die Verbrüderung ist; daß wir im Namen und zum Vortheil der ganzen Menschheit fochten und siegten; daß der bloße Name Mensch etwas Unvorsätzliches und Ehrenwürdiges hat, das ihm die Verschiedenheit des Geburtslandes (Nationalität) nicht nehmen kann; daß es übrigens in der glorreichen Originalität Frankreichs und so zu sagen in seinem Genie und seiner Pflicht liegt, sich von allen Völkern in seinen Siegen und selbst, wenn es sein muß, in seinen Niederlagen (douleurs) gesegnet zu sehen. In Erwägung, daß obwohl es in diesem Augenblick viele Fremde ernährt, so doch eine ungleich größere Zahl unserer Landesangehörigen von ihrer Arbeit in England, Deutschland, der Schweiz und Amerika und unter den entferntesten Himmelsstrichen lebt. In Erwägung endlich, daß es ein ebenso großes Unglück, als eine Schmach für uns wäre, wenn wir unsere entfernteren Brüder ins Elend stürzen, indem wir bei anderen Völkern Gegennachregeln gegen sie durch unser hiesiges Benehmen hervorriefen: stellt die prov. Regierung hiermit die in Frankreich arbeitenden Ausländer unter den Schutz der französischen Arbeiter und vertraut die Ehre der gastfreundlichen Republik dem Edelmuth des Volkes an. Paris, 8. April 1848. (folgen die Unterschriften.)

(Protestationen der Arbeiter von Poitiers gegen das Kapital.) Die Arbeiter von Poitiers an ihre Brüder des Wiener-Departements! Brüder! Die Geldaristokratie möchte die Republik von 1848 ausbeuten, wie sie die Revolution von 1830 ausbeutete. Sie sucht durch Intrigue den Einfluß wiederzugewinnen, den ihr die Macht des guten Rechts nahm. Sie bildet Wahlauschüsse und entwirft ihre Listen, ohne uns zu fragen, ob uns ihre Kandidaten gefallen. Einen Einzigen der Unfeigen sollen wir in ihre Liste aufgenommen sehen! Das ist eine Beleidigung. Wir bilden die Mehrzahl des souveränen Volks; uns gebührt also auch das Recht, die Wahlkandidaten der Bourgeoisie vorzustellen. Da es sich darum handelt eine soziale Verfassung zu entwerfen und nicht auf den Bänken einer Kammer zu paradiiren, so verlangen wir Männer von Herz und Verstand, deren Vergangenheit uns für die Zukunft bürgt und Männer aus unseren Reihen, um ihre Theorien durch praktische Erfahrungen zu bekräftigen. Das Reich der Schwächer ist zu Ende; das der Denker und Arbeiter beginnt. Brüder! seien wir einig und die neue Verfassung wird uns vom Foch des Kapitals befreien, wie uns die Februarbarrikaden von den Wählern an 200 Ecken befreite. Poitiers den 7. April 1848. (Unterschriften.)

Aus Turin empfingen wir diesen Morgen eine Proclamation, in der die sardinische Regierung wiederholt erklärt, daß sie die Freiheit der Meere als einen der Grundsätze des neuen Italiens festsetze. — Die Festungsarbeiten in Bayonne werden mit Emsigkeit betrieben. — Mehmed Ali ist von Malta wieder in Egypten eingetroffen. — Gestern und heute trafen viele englische Familien in Paris ein.

Spanien.

* Madrid, 3. April. Die Unruhen haben diesen Morgen in der Universität begonnen. Im Augenblick

wo die Lehrkurse beginnen sollten, ging der Krawall los. Doch drangen die Truppen bald in das weitläufige Universitätsgebäude und stellten die Ruhe wieder her. Die Universität ist geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 13. April. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurden zu Stadträthen gewählt: der Stadtverordnete Lubewig mit 68 Stimmen für und 17 gegen sich; der Baron Stüber mit 59 Stimmen für und 27 gegen sich.

* Breslau, 13. April. Gestern und heute sind eine große Anzahl Polen hier angekommen, um sich in ihre Heimath zu begeben. Einige erzählten, daß morgen Skryneck hier eintreffen würde.

K Breslau, 13. April. Gestern Abend hatten sich zufolge der Einladung der Herren Gräff und Molinari weit über 1000 Personen, zuna größten Theil, wie es schien, aus dem höheren und mittleren Bürger-, dem Beamten- und Gelehrtenstande, in dem Saale des Wintergartens eingefunden. Gräff leitete die Verhandlungen mit einigen Worten ein, worin er die Richtung andeutete, welche der beabsichtigte Verein einschlagen müsse. Er erklärte unter Andern, daß er alle die von dem constitutionellen Verein als ausgeschlossen betrachte, welche die constitutionelle Monarchie nur als eine transitorische Staatsform betrachten, um durch sie wieder zur Reaktion zurückzukehren oder zur Republik überzugehen.

Hierauf wurde, nachdem Gräff zum Präsidenten der Versammlung durch Acclamation gewählt worden und dieser sich den Senior Krause als Sekretär beigeordnet hatte, zur Berathung über das vorgeschlagene Programm übergegangen. Die Grundzüge desselben geben wir in Folgendem, wobei wir übrig ns auf genaue Wiedergabe der Wortfassung verzichten. Der Verein will in politischer Beziehung die Begründung und Erhaltung der constitutionellen preußischen Monarchie und eines deutschen Bundesstaates, in sozialer Beziehung die freie Ausbildung aller geistigen und körperlichen Kräfte, Gleichheit und Verbündung aller Klassen und ein freies Volksleben, beruhend auf Heiligung des Gesetzes und republikanischer Tugend. Derselbe nennt sich „constitutioneller Central-Verein für Schlesien“ und fordert die Provinz zur Bildung von Zweig-Vereinen in den Städten und auf dem platten Lande, auf. Der Verein wählt einen Präsidenten auf je drei Wochen und dieser wählt zu seiner Unterstützung sich aus den Mitgliedern ein Comité von 6 Personen. Der Verein versammelt sich wöchentlich regelmäßig zwei Mal. Seine Sitzungen sind öffentlich, so weit es das Lokal gestattet, die Mitglieder der Zweig-Vereine haben Sitz und Stimme im Central-Verein. Die Mitglieder erhalten Karten, welche sie beim Eintritt in die Versammlung vorzuzeigen haben. Wer dem Vereine zutreten will, meldet sich bei einem Mitgliede. Eine Ballotage findet nicht statt. Die Kosten werden durch freiwillige Beiträge von mindestens einem Thaler bestritten.

Kein Redner hat das Recht, länger als 5 Minuten zu sprechen. Der Präsident hat das Recht, einem Redner das Wort zu entziehen, wenn dieser die Tendenzen des Vereins oder den Anstand verletzt oder sich Invectiven gegen Personen oder andere sociale und politische Vereine erlaubt. Die Versammlungen werden durch Stenographen aufgezeichnet und veröffentlicht. An der über dieses Programm stattgefundenen Debatte beteiligten sich vorzugsweise die Herren Geiger, Fuchs, Röpell, Graf York, Amstetter, Plathner, Schneer u. A. Da in Kürze die aussführlichen stenographischen Berichte erscheinen werden, so begnügen wir uns, nur die hauptsächlichsten Modifikationen herzuheben, welche mit dem Programm in Folge der Debatte vorgenommen wurden. Der Antrag von Fuchs, die „Begründung“ der constitutionellen Monarchie nicht als Vereinszweck ins Programm aufzunehmen, weil wir die constitutionelle Monarchie bereits hätten, so wie der von Geiger: statt „Begründung ic. der constitutionellen Monarchie“ zu sagen: „Erweckung constitutionellen Sinnes und Lebens“ wurden nicht angenommen. Die Behauptung von Schneer, daß die Versammlung durch ihr Erscheinen auf die Einladung von Gräff und Molinari, die durch ihr früheres Wissen bekannten Gesinnungen und Ansichten dieser Männer als die ihrigen anerkennen, und hierin die Tendenz des Vereines ausgesprochen ist, erfuhr Widerspruch. Auf die Bemerkung von Röpell, daß es noch nicht entschieden sei, ob Deutschland ein Bundesstaat oder ein Staatenbund werden würde, wurde beschlossen, statt „Bundesstaat“ zu sehen „ein einiges Deutschland.“ Im Uebrigen wurde dieser § angenommen. Der zweite Punkt, betreffend den sozialen Zweck des Vereins, wurde unverändert angenommen, nachdem ein Antrag von Regenrecht, statt „Gleichheit aller Klassen“ zu sehen „Ausgleichung ic.“ verworfen worden war. Hinsichtlich der Wahl des Präsidenten wurde auf den Antrag von v. Amstetter beschlossen, daß diese nicht durch Acclamation, sondern durch Stimmentzettel erfolgen solle. Die Mitglieder des Comités soll der

Präsident der Versammlung zur Genehmigung vorschlagen. Die Amtsdauer des Präsidiums wurde vorläufig, wenn wir nicht irren, auf 4 Wochen bestimmt. Hinsichtlich der Zweigvereine theilte der Präsident ein Schreiben des H. v. Stößer, wie wir glauben, aus Breslau mit, worin dieser bereits die Bildung eines Zweigvereines ankündigt, auch der J. C. Minsberg aus Breslau meldet, daß er von dieser Stadt hergeschickt ist um den Anschluß des Breslauer Zweigvereins anzukündigen. Für die freiwilligen Beiträge wurde die Feststellung eines Minimums verworfen. Der Ausdruck „Invectiven“ veranlaßte eine lebhafte Debatte. Fuchs sprach mit besonderer Energie gegen diese Bestimmung indem er das Recht gewahrt wissen wollte, feindlich also reaktionäre und republikanische Tendenzen mit aller Kraft der Scala zu bekämpfen. Nachdem noch mehrere Redner dafür und dagegen gesprochen und besonders Gräff die Fassung des Programms mit vieler Ausdauer vertheidigt hatte, wurde beschlossen, statt „Invectiven ic.“ zu sagen „persönliche Beleidigungen“ und Vereine und Tendenzen wegzulassen.

Über ein Lokal für die künftigen Versammlungen konnte man sich noch nicht einigen. Es wurde die Aula, der russische Kaiser, das alte Theater, das dehaus u. a. vorgeschlagen. Die Zusammenkünste sollen vorläufig Mittwoch und Sonnabends stattfinden.

Ein Paar Bemerkungen müssen wir uns zum Schlusse noch erlauben. Die Neuerung, daß jeder von dem Vereine als ausgeschlossen zu betrachten sei welcher die konstitutionelle Monarchie nur als eine transitorische Staatsform betrachte, scheint uns entweder zu beengend in ihrem Sinne oder zu zweideutig in ihrer Fassung zu sein. Uns scheint es, als könnte jemand, gestützt auf das Studium der Geschichte und Philosophie, sehr wohl der Ansicht sein, daß nicht nur die konstitutionelle Monarchie, sondern auch jede andere Staatsform immer nur einen transitorischen Charakter habe, und dennoch sich mit vollster Aufrichtigkeit dem Ausbau der konstitutionellen Monarchie widmen. Und scheint es, als könne man trotz der Meinung, daß früher oder später der Gang der Ereignisse die Republik herbeiführen werde, in der Überzeugung, daß es nicht auf die Staatsform, sondern auf die Verwirklichung der Freiheit und des Volksglückes ankomme, in der konstitutionellen Monarchie kein Hinderniß finde und diese Staatsform sogar noch besondere Vorteile hat, fest entschlossen sein, an der konstitutionellen Monarchie zu halten, ohne deshalb in dieser Staatsform das Ende und Ziel der Weltgeschichte zu finden. Wenn die gedachte Neuerung in diesem Sinne gemeint war, würde der Verein dadurch viele der tüchtigsten und auf richtigen Freunde der konstitutionellen Entwicklung ohne genügenden Grund ausschließen.

Ferner können wir das Verfahren gewisser Redner nicht angemessen finden, welche zu jedem Punkte und auf jede Neuerung ihre um ein Weniges abweichende Meinung des Breiten auseinandersehen zu müssen glauben. Wir halten es in einer so zahlreichen Versammlung für billig, daß jeder Einzelne nur dann das Wohl ergreife, wenn er etwas wirklich Erhebliches oder Neues vorzubringen oder ein Missverständnis zu berichtigen hat. Die Versammlung kommt nicht zusammen, um sich von Wenigen belehren zu lassen, sondern um einen möglichst vielseitigen Gedankenaustausch zu erzielen. Es gibt jetzt so viele und so dringende Kernfragen zu besprechen, daß jedes Eingehen in minutöse Einzelheiten und sprachliche und logische Spitzfindigkeiten den eigentlichen Zweck viel mehr hemmt als fördert. Es läßt sich, das auch ohne Gefährdung der Gründlichkeit vermeiden.

△ Breslau, 13. April. Ich glaube, die Befreiung wird hoffentlich gewirkt haben; Herr Wachler und sein Unterzeichner seiner Adresse werden wohl in der strengen Versammlung von Bürgern und Schülern gewandt“ gelernt haben, daß Personen, denen „ihre äußere Besugniß und jeder innere Beruf“ dazu gängig fehlt, sich zu „Hütern und Wächtern der jungen Freiheit“ nicht auwerfen können. Das Volk macht nun einmal nicht den Titel einer Person zum Maßstab eines Vertrauens, auch nicht das Alter, sondern ihr politisches Glaubensbekenntniß, ihre persönliche Tüchtigkeit. Die gestern stattgehabte Versammlung im „Fürstentum Blücher“ war trotz der Anzeigen in den Zeitungen von kaum 100 Personen besucht, von denen die Mehrzahl die Adresse nicht einmal kannte. Den Vorsitz schien man konnte es nicht genau unterscheiden, der Oberlandesgerichtsrath Neuenburg oder der Universitätsprofessor Nöbelsky zu haben. Gegenstand der Debatte war ob die Wachlersche Adresse an den Magistrat abgegeben werden sollte oder nicht. Herr Neuenburg war dagegen, und motivierte das sehr richtig durch den Umstand, daß jene Adresse nur mit 800 Unterschriften versehen, also keineswegs der Ausdruck der Willensmeinung der Majorität der bürgerlichen Einwohnerschaft sei. Herr Nöbelsky wollte demnach die Frage durch Abstimmung entschieden wissen, dem abr von einer anderen Seite infolfern widersprochen wurde, als die Mehrzahl der Anwesenden nicht zu den Unterzeichnern gehörte, über die letzteren, die doch all in berechtigt wären, über die

Absendung der Adresse zu entscheiden, nur wenige zugegen wären. Es erhoben sich hierauf mehrere Stimmen gegen die Adresse überhaupt, die einen erklärten sie für wohlgemeint, aber in der Fassung verfehlt, die andern sprachen sich dahin aus, daß sie die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeitern nur vergrößere u. dergl. m. Die Debatte gelangte zu keinem ordentlichen Schluss. Bemerkenswerth war hierbei, daß während der Debatte persönliche Verdächtigungen, selbst mit Bezeichnung von Personen vorgekommen, ohne daß die Vorsitzenden dies verhindert; etwas, das, wie die Leser wissen, bei allen bisherigen Volksversammlungen nie vorgekommen ist, in denen Persönlichkeiten niemals erwähnt, geschweige verbüchtigt worden sind. Ueberhaupt stellte es sich in dieser Versammlung heraus, daß das Volk nur den Männern seines Vertrauens willig Folge leistet, indem nämlich die Vorsitzenden nicht einmal in der kaum 100 Personen starken Versammlung die zu den Debatten erforderliche Ruhe zu erhalten im Stande waren, wählt dies bei den großen Versammlungen von 3—10,000 Personen immer der Fall gewesen. — Nach dieser Debatte wurde von Herrn Madbyl der Vorschlag gemacht, daß die Anwesenden sich zu einem politischen Vereine constituiren möchten, der dann ein Zweigverein des constitutionellen Klubbs sein sollte. Außer einzelnen wenigen Unterzeichnern jener Adresse, und Herrn Roland, der hierzu aufgesfordert wurde, sprach weiter Niemand über diesen Verein. Man suchte die Theilnahme für ihn unter den Anwesenden dadurch anzuregen, daß man auch das Wohl der arbeitenden Klassen in den Kreis seiner Berathungen mit hineinzuziehen versprach. Aber auch das zog nicht. Kaum 5 Personen beteiligten sich an der Abstimmung über die Constituierung des Vereins.

■ Breslau, 13. April. In den gestrigen Blättern dieser Zeitung (2te Beilage) will „Einer für Viele“ Furcht machen. Er warnt die Produzenten, dem diesjährigen Wollmarkte in Breslau ihre Wolle abzuführen; indem er von „Vorgängen während des Lätere-Marktes“ und von dem „aufregenden Geiste in den hiesigen Volksversammlungen“ spricht, dagegen röhmt der Gute die Gastfreundschaft der kleinen Städte, wie Glogau, Görlitz, Grünberg u. s. w.; er bittet dorthin zu kommen, wo die Herren Wollproduzenten mit Freuden aufgenommen würden.

Uns scheint, daß diese glücklich-spekulative Idee einer Association industrieller Gastwirthe jener kleinen Städte entsprungen sein muß, und können wir nur zu ihrer diplomatischen Wendung gratuliren. Wir müssen ferner, zur Ehre der Wahrheit, gestehen, daß während des Lätere-Marktes hier in Breslau allerdings Etwas vorgegangen ist, wie fast minutlich hier Etwas vor-, um- und nachgeht, da ein Stillstand in einer Stadt, beiläufig von 112,000 Einwohnern nicht gut möglich wäre; wir können aber eben so wahrhaft versichern, daß bei allen diesen verschiedenen Bewegungen durchaus keine gemacht worden ist, die auch nur der Vermuthung eines Angriffs auf das Eigentum eines Andern Raum gäbe. Was ferner den aufregenden Geist der hiesigen Volksversammlungen betrifft, so müssen wir wieder zugestehen, daß allerdings Geist, und auch oft aufregender Geist darin herrscht; dieser Geist mag auch dahin wirken wollen, daß das Volk auch einst in der Wölle sitzen möge; aber ganz sicher verräth derselbe auch nicht im entferntesten das mindeste Gelüste nach wirklicher Schaffwolle.

Die Herren Produzenten werden daher mit der größten Ruhe und Sicherheit wie in früherer Zeit, auch in dem kommenden Frühjahrsmärkte auf ihren Wollsäcken in unserer guten Stadt Breslau sitzen können und es hat vor der Schurzeit wohl eigentlich Niemand sonst zu zittern, als eben nur — die Schafe.

■ Breslau, 13. April. In der heute Morgen im Börsegebäude in Gegenwart des Herrn Oberpräsidenten Pinder stattgefundenen Versammlung des kaufmännischen Comité und der Deputation des hiesigen Handelsstandes ist, wie man uns berichtet hat, die Proposition eingebrochen worden, den diesjährigen Breslauer Frühjahrs-Wollmarkt, welcher bekanntlich auf den 7. Juni festlich bestimmt ist, vier Wochen hinauszuschieben. Dieser Vorschlag kann unserer Ansicht nach nur von einem ganz einseitigen Interesse dictirt worden sein, dessen nähere Erörterung wir uns hier ersparen; wir wollen aber hiermit zu Gunsten des Handels unserer Stadt, der ohnehin nicht viel mehr zu verlieren hat, und der trüte dieser Aufschub wirklich ein, mindestens für das Wollgeschäft den Tod stoss empfinge, allen Ernstes uns dagegen vertheidigen. Aber auch im Interesse der Produzenten müssen wir den Vorschlag durchaus abweisen. Ökonomische Rücksichten erfordern, daß die Herden zu der einmal festgesetzten Zeit, von Mitte bis Ende Mai, geschoren werden, würde der Wollmarkt in Breslau auf vier Wochen später verlegt, so müßte der Produzent in dem Falle, daß er Heidemann-Zinsen zu bezahlen sind, einzelnen Spekulanten

oder gar den sogenannten Geldmännern in die Hände fallen und bei Beiden würde er keine Seide spinnen.

Ferner würden die fremden Käufer und Fabrikanten, die ihre Geschäfte seit Jahren in der Weise eingerichtet haben, daß sie zu der einmal bestimmten Zeit, die Einkäufe des Breslauer Marktes in ihre Heimat zurück zu nehmen senden, gezwungen sein, in der Provinz von Dominium zu Dominium zu reisen, um so in einzelnen Partien ihren Bedarf aufzubringen, oder im glücklichsten Falle würden einige Commissionäre auf unserm Platz, die mit dem Ankauf beauftragt werden, ihre Rechnung finden, aber das Ganze des Wollgeschäfts, das einzige Grossartige, was Breslau noch von seinem früheren kommerziellen Glanze aufzuweisen hat, der Breslauer Wollmarkt, würde zerstört, zerrissen werden, und schwer würde es sein, sehr schwer, den einmal aus seiner Bahn gerissenen Handel später wieder in das gewohnte Gleis zurückzuführen. Wir hegen daher das festste Vertrauen zu der berathenden Versammlung, daß sie sich entschieden als höchst nachtheilig für den Handel unserer Stadt gegen jenen Antrag ausspreche und überhaupt bei ähnlichen Fragen auch andere Stimmen, welche dem betreffenden Handelszweig angehören, zu Rathe zieht, um nicht in die Gefahr zu kommen, von einem einseitigen Gesichtspunkte aus, der für den Einzelnen vielleicht gerade sehr erschrecklich, für das Ganze aber äußerst schädlich, den Gegenstand beurtheilen zu müssen.

* Breslau, 13. April. Zum erstenmale troffen heute die Herren Altesten und das Comité der kaufmännischen Korporation einschließlich des Herrn Justizrathes Gräff als Syndikus mit der, in einer Versammlung des hiesigen Handelsstandes unlängst gewählten Deputation zu einer Konferenz zusammen. Herr Oberpräsident Pinder nahm Theil an der voliegenden Berathung des Statuts der Handelskammer, welche nach Genehmigung der gesammten Kaufmannschaft unverzüglich ins Leben gerufen werden und das gemeinsame Organ bilden soll. Das Gesetz vom 11. Februar in Verbindung mit einem von dem Comité eingereichten, in diesem Gesetze jedoch wesentlich modifizierten Entwurf wurde der Berathung zu Grunde gelegt. Wir werden das Statut nach der von Herrn Gräff übernommenen Redaktion unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Konferenz mittheilen. Bis zur Wahl der Handelskammer werden die allgemeinen kaufmännischen Interessen provisorisch von den Herren Altesten, dem Comité und der Deputation gemeinschaftlich wahrgenommen werden. Wir freuen uns, daß auf diese Weise der Zwiespalt innerhalb des hiesigen Handelsstandes gelöst, und ein dem Ganzen frommendes Einvernehmen angbahnt ist.

Theater.

Mit einem Trauerslor müßten wir es einführen, unser Theater, seitdem sein Bestehen offen in Frage gestellt ist, und die trübe Vergangenheit der unsicheren Aktien-Verein-Piehl-Haakischen Finanz-Verwaltung sich ihr wieder zu erneuern droht! Die dermaligen Pächter haben die Aufhebung des Pacht-Kontrakts beantragt. Die Ereignisse, die allgemeine Stimmung, die furchtbare Kazamatit, unter der alle Verkehrsverhältnisse leiden und dahinstechen — sie konnten nicht ohne entscheidenden Einfluß auf ein Institut bleiben, dessen Existenz nach Maßgabe seiner schweren Verpflichtungen an und für sich prekär und kritisch ist, und daher einer ungewöhnlichen, unvorherzusehenden Erschütterung, gewaltsam wie die noch zu überwindende, nicht Stand zu halten vermag. Man hat nicht nur die Theilnahme und das Interesse, sondern auch die Zeit und Muße für das Theater und seine friedliche Genüsse verloren. An den Thüren desselben vorüber eilen Tausende zur Volks-Versammlung, zur Übung im Waffendienst, zur Erfüllung gebieterischer Pflicht in politischen Vereinigungen. Bähnen wir nicht die Familien, die in unserer Stadt das traurige Schicksal tiefen Sturzes schon zu beweinen haben, nicht die Familien, die, den Kün unabwendbar vor Augen, ihre letzten Kräfte im ehrenhaften Kampfe opfern, nicht die Familien, die sich, um festzustehen, in allen Wechselsfällen zur Entehrung jeder Art und zur Zurückgezogenheit verurtheilen müssen. Wie Viele von dieser großen Einwohnerschaft denken, wie Viele können ohne Leichtfertigkeit daran denken, im Theater, wenn nicht eine behagliche Unterhaltung, doch eine Zerstreuung zu suchen? Die General-Versammlung der Aktionäre wird bald über das Loos des Institutes bestimmen. Eine ernste Entscheidung, wichtig für die vielen Hunderte, die vom Theater abhängen. Schon in den nächsten Tagen trifft es ein harter Verlust. Der Abgang des Hrn. Wohlbrück ist nahe. Es ist nicht unsre Sache, hier auf die Umstände einzugehen, welche die so lange bestehende Verbindung des in der That genialen Künstlers mit der Breslauer Bühne zerrissen, uns einer Zerde dieser Bühne und Hrn. Wohlbrück eines in Unabhängigkeit und herzlicher Neigung stets bewährten Publikums beraubt. Der Abgang ist ein fait accompli. Am Sonnabend nimmt Hrn. Wohlbrück von Breslau in ei-

nem Benefiz Abschied, welches seine bewundernswerte Biethätigkeit und treffliche Charakteristik wie in einem Kaleideskop zeigen und uns eine Reihe der Lieblings-Figuren, in denen er eine unvergängliche Frische und Jugend ein Vierteljahrhundert lang bewahrt hat, vorführen wird. Der Bursch Heinrich im politischen Zinnieser, in dem Hr. Wohlbrück vor 24 Jahren zum ersten Male die Bühne betrat, soll den Reigen eröffnen, Napoleon, Heimann Levy, Ricaut de la Marlinour, der Aschemann und Schneider Zwirn folgen. Wer kennt sie nicht? Wer wird selbst in schwerer Zeit diese Gelegenheit vorübergehen lassen, Herrn Wohlbrück ein Lebewohl zu sagen und von ihm ein Gedenkzeichen an die vielen schönen Stunden, die er uns bereitet, entgegenzunehmen?

Die Verfassungsfrage der evangelischen Kirche.

Breslau, 13. April. Die Unterzeichneten, in der Hoffnung, dem Wunsche vieler Gleichgesinnten dadurch zu begegnen und weiteren Schritten in dieser Angelegenheit den Weg angebahnt zu haben, haben untern heutigen Datum nachstehendes Schreiben an den kgl. preuß. Minister der geistlichen Angelegenheiten, Herrn Grafen von Schwerin, Excellenz, abgesandt.

„Durch die Allgemeine Preußische Zeitung ist uns bekannt geworden, daß Eure Excellenz, durchdrungen von der Überzeugung, der in der evangelischen Kirche seit geraumer Zeit mit großer Lebhaftigkeit geführte Streit könne am besten geschlichtet und der gestörte Friede am einfachsten hergestellt werden, wenn man für das Bestehen und die gedeihliche Entwicklung der Kirche lediglich die Kraft ihrer innern Wahrheit zu Hülfe nehme und dem lebendigen und lebendig machenden Geiste des Evangeliums vertraue: bereits Fürsorge getroffen habe, daß die von den evangelischen Glaubensgenossen in den östlichen Provinzen der Monarchie längst gewünschte Presbyterial- und Synodal-Verfassung möglichst bald ins Leben treten könne.“

„Zu diesem Zwecke haben Eure Excellenz eine Kommission*) ernannt, um unter Ihrem Vorzeige das bereits in reichem Maße gesammelte Material zusammen zu stellen und auf Grund desselben den Entwurf zu einer Verfassung auszuarbeiten, welcher vor definitiver Festsetzung derselben veröffentlicht werden soll, damit sowohl sämtlichen Genossen der Kirche, als auch den Organen Gelegenheit gegeben werde, sich darüber zu äußern.“

„So freudig und dankbar wie es nun auch erkennen, daß Euer Excellenz der evangelischen Kirche zu ihrer Freiheit baldigst verhelfen wollen, so halten wir uns doch in unserem Gewissen für verpflichtet, Euer Excellenz freimüthig zu erklären, daß wir die der evangelischen Kirche von des Königs Majestät ausdrücklich gegebene Zusage, daß dieselbe sich aus sich selbst erbaue solle, durch die von Euer Excellenz getroffene Maßnahme nicht vollständig erfüllt seien können. Wenn die Kirche sich aus sich selbst soll erbauen dürfen, so meinen wir, muß es ihr auch gestattet sein, sich die Männer selbst zu wählen, die ihr Vertrauen haben, um den Bauplan zu entwerfen. Wir bitten daher Euer Excellenz dringend, es der evangelischen Kirche, das heißt der großen Gesamtgemeinde evangelischer Christen zu überlassen, sich ihre Verfassung von Grund auf selbst zu geben und zu dem Zwecke bald möglichst Versammlungen aller mündigen Mitglieder der evangelischen Kirche zur Wahl von Abgeordneten, welche das Verfassungswerk mit einander berathen und vollenden, zusammentreten zu lassen.“

„Sollte jedoch Euer Excellenz darauf nicht eingehen wollen, so bitten wir, wenigstens den Kommissionsentwurf einer von allen mündigen Genossen der evangelischen Kirche vollkommen frei gewählten Abgeordneten-Versammlung zur durchaus freien Berathung und definitiven Beschlussnahme vorzulegen.“

„Nur so, meinen wir, wird des Königs Wort für die evangelische Kirche zur Wahrheit, nur so erhält sie das Recht, welches ihr von Gottes und des Evangeliums wegen, welches ihr nach ihrem Begriffe und geschichtlichen Entwicklungsgange, welches ihr nach den großen Ereignissen der Gegenwart gebührt und ihr ohne großen Nachteil nicht länger vorerhalten werden kann.“

Breslau, den 13. April 1848.

Ehrebliebst

Knüttel, 2. Pred. zu St. Barb. Dietrich, Diaconus zu St. Bernh. Dr. Rhode, Divisions-Pred. Lehner, Pastor zu 11,000 Jungfrauen. Schmeidler, Diaconus zu St. M. Magdalena. Herbstejn, Diaconus zu St. Elisabet. Dondorff, Prediger im Krankenhaus.

*) Unter den Mitgliedern dieser Kommission finden wir Herrn Ribbeck, welcher aus bekannten Gründen als Gen-Superintendent in Schlesien unmöglich geworden; den Prof. Richter, den zweidimensionalen Verfasser des Eichhorn'schen Ober-Consistoriums; den Ob. Cons. Ritsche, gleichfalls einen Koryphäen des alten Regime. (S. übrigens „Inland.“ Ned.)

* Neichenbach, 12. April. Auch die hiesige Stadt hat ihre Revolution gehabt: aber die Opposition ging von der Bürgerschaft nicht gegen die Unterdrückung der Volksfreiheit, sondern gegen diese selbst. Auf den Aufruf eines Comit's fand nämlich am vergangenen Sonntag eine Volksversammlung statt zur Berathung über die Constituirung eines Volksvereins. Das Bürgertum in seiner philistriosen Weltanschauung, in seinem aus Mangel an Einsicht in die Zeithältnisse und die Gesetze der Freiheitsbewegung hervorgegangenen Furcht, rüstete sich gegen das Volk zum Kampfe; aber mit welchen Waffen hat es gekämpft? Die reaktionäre Partei, von der Mitglieder sich nicht entblödet haben, öffentlich von dem Zusammenhauen des Pöbels und der Canaille zu sprechen, versuchten die Ruhe der Versammlung durch Lärm und Einreden zu stören. Es fanden sich Leute ein, die von freiem Schank sprachen, und ein Fabrikant soll sogar 2 Sgr. mehr Tagelohn für das Skandalmachen angeboten haben. Mehrere andere Pläne zur Störung sind noch öffentlich besprochen worden. Der königl. Steuereinnehmer Herr Hauptmann v. Hollwede hat sogar bei der Versammlung der Landwehr sich in dem Sinne geäußert: daß diesen Leitern des Volkes, den Herumtreibern, die Knochen im Leibe zerschlagen werden müßten. Aehnliche Redensarten gingen noch von anderen Bürgern aus. Gegen die aus solcher Gesinnung hervorgehenden böswilligen Störungen konnte sich die Versammlung nur durch die Entfernung der Unruhestifter schützen. Das schien den Herrn Bürgermeister Wagner veranlaßt zu haben, die Stadtwehr zum Einschreiten zu requiren. Ein sehr unkluger Schritt, der zum Glück für Neichenbach nicht übler Folgen nach sich zog, weil die Versammlung schon aufgelöst war und das versammelte Volk auch zu verständig war, um Veranlassung zu ernstlichen Konflikten zu geben. Wie kann man aber das Benehmen der Bürgerschaft rechtfertigen, als sie über den allein durch die Stadt gehenden Sprecher der Versammlung herfiel, ihn arretierte, und einzelne aus der Stadtwehr selbst, wie auch der Apotheker Hausleutner und ein Polizeibeamter, ihn thätlich insultirten? Auch selbst den anderen Tag noch erlaubte sich der Herr Bürgermeister sogar gegen den Kutscher des Insultirten die Drohung von Prügeln öffentlich auszusprechen. Die Justiz der öffentlichen Meinung wird richten. Ein Urteil an das Oberpräsidium ist außerdem eingereicht und es dessen Gutachten überlassen, eine Untersuchung einzuleiten.

— IV. — Glogau, 12. April. In einer gestern Abend hier stattgefundenen, nicht allgemein bekannt gewordenen, vorberathenden Versammlung, geleitet vom Stadtverordneten-Borskeher, ist auch für unsern Ort die Bildung eines Clubbs, welcher die wichtigen Tagesfragen nach allen Richtungen hin erörternd verfolgen soll, beschlossen worden. Die Besprechungen sollen mit noch ziemlich ängstlichen Rücksichtnahmen gepflogen worden sein. Die Debatte über den Namen, ob konstitutioneller oder politischer Clubb, entschied für letztere Bezeichnung. Wir wünschen ihm mit einem herzlichen Glück auf! ein kräftiges Gediehen. — Woran mag es wohl liegen, daß Glogau dem Akt der Pietät in Bezug auf eine Trauerfeierlichkeit für die Berliner Gefallenen, noch nicht nachgekommen, während andere Provinzialstädte mit diesem Beispiel schon vorangegangen? Unsere Stadt ist in ähnlichen Beziehungen, namentlich auch was den Wohlthätigkeitsgeist anlangt — zum Ruhme sei es gesagt — wahrlich nicht die letzte.

* Bielschowitz (bei Gleiwitz), im April. Ein nicht uninteressantes Dokument, das vielleicht auf eine große Reform in der katholischen Kirche hindeutet und die Worte Christi: „es wird eine Heerde und ein Hirt sein,“ allmählich zur Wahrheit machen dürfte, ist kürzlich vom Papste Pius IX. ausgegangen und lautet in deutscher Uebersetzung folgendermaßen: „Bescheid des Papstes Pius IX. auf die Bitte des Priesters Martin Silvester*) vom 14. Januar 1848. Die heilige Poenitentiaria schickte dem in Christo ehrwürdigen Vater und Bischofe von Breslau die vorgenannten Bittschriften zurück mit den nothwendigen und passenden Anweisungen (Facultatibus), damit er nach seinem weisen Ermessens entweder selbst oder durch eine andere geeignete, für diesen Zweck besonders bevollmächtigte Person mit dem vorgenannten Bittenden über das Vorausgegangene den Anträgen gemäß Kraft unseres ausdrücklichen apostolischen Ansehens mit Umsicht zu verhandeln im Stande sei. Uebrigens empfiehlt die heilige Poenitentiaria den Bittenden selbst dem vielfach im Herrn belobten Bischofe, damit er jenen, wie den verlorenen zum Vater zurückkehrenden Sohn, gütig und durchaus liebevoll aufnehme und freundlich behandle. Hindernisse, von welcher Art sie auch sein mögen, stehen nicht entgegen (contrariis quibuscumque non obstantibus). — Gegeben zu Rom in der heiligen Poenitentia, am 22. März 1848.“

*) Martin Silvester ist bekanntlich ein polnischer Geistliche aus der Krakauer Diözese. Er schrieb im Jahre 1840 einen Brief an den Papst um Aufhebung des Gölibats, ließ sich durch einen evangelischen Pastor trauen, und hat eine Familie von einer Frau und zwei Söhnen.

† (Aus der Provinz.) Am 8. April Abends zwischen 8 und 9 Uhr brach in dem Dorfe Lohnia, im Kreise Gleiwitz, Feuer aus, wodurch in kurzer Zeit vier Bauergüter und vier Scheunen niederbrannten. Dem Bauer, wo das Feuer ausgebrochen, ist die Frau, ein Knabe von 5 und ein Mädchen von 2 Jahren mit verbrannt, die Mutter desselben ist lebensgefährlich verletzt. — Als am 8. April die Arbeiter, gegen 600 an der Zahl, welche an der neuen Flößbache bei Poppelau, im Kreise Oppeln, beschäftigt sind, ausgezahlt werden sollten, verweigerten dieselben den festgesetzten Lohn mit 6 Sgr. pro Tag anzunehmen und verlangten pro Mann 8 Sgr. auf den Tag. Der Königliche Forst-Rendant und Polizei-Verwalter stellte ihnen vor, daß er ohne Bewilligung der königl. Regierung das nicht zahlen könne, er sei aber bereit, derselben eine Vorstellung zu machen, ob sie den erhöhten Lohn genehmigen will und ermahnte zur Ruhe. Ungeachtet dieser Ermahnung wurden die Arbeiter nicht ruhiger, verlangten mit Ungestüm 8 Sgr. pro Tag, drangen mit Gewalt in die Behausung des Rentanten, erbrachen den Gartenzaun, und drohten, den Scholzen, welcher sich inzwischen eingemischt, so wie den Rentanten und Oberförster tot zu schlagen und die Forstkasse zu erbrechen, worauf ihnen, um ferneren Excessen vorzubeugen, die verlangten 8 Sgr. gezahlt wurden. Einer der Haupträdelsführer ist verhaftet und hat die übrigen Hauptumstüntanten, 18 an der Zahl, angegeben, welcher man indes noch nicht habhaft werden konnte, weil sich dieselben gleich nach Verhaftung des Ersteren geflüchtet, auch gestanden haben, daß sie meistenthils durch Aufreizung zu diesem Excess veranlaßt worden wären.

Mannigfaltiges.

— Das „Dresdner Journal“ macht über bekannte Vorgänge in Breslau folgende Bemerkungen: „In Breslau kamen die Bürger neulich in einer Versammlung zu dem geistreichen Schlusse, daß die Volksversammlungen nur die Aufregung unterhielten, und das denselben durch Polizei ic. ein Ende gemacht werden müsse. Und das finden die Filister aus, während eben als ein höchstes Gut der Freiheit das freie Versammlungsrecht erkämpft ist und der Landtag ein Gesetz darüber berathet! Dem Deutschen hängt der Kopf hinten und er wird wohl hängen bleiben, es ist ein Racezopf. Der Deutsche trinkt sich in französischem Wein wohl einen Freiheitsrausch, aber er hat einen schwachen Freiheitsmagen, er bekommt einen Kopf-jammer, und dann schreit er nach Polizei und Regierung, um ihm zu helfen und den Kopf zu halten, setzt sich wieder zu seinem einfachen Faßbier und schwärmt von Ruhe und Bürgerordnung.“

— Das mit Baumwolle von Montevideo nach England befahrt gewesene Schiff „Philomela“ ist einen Monat nach der Abreise am 27. Januar in offener See in Brand gerathen und 23 darauf befindlich gewesene Personen hatten sich nur in einem kleinen Boot retten können, mit dem sie fünf Tage umhertrieben, ehe sie, dem Tode nahe, von einem Schiff aus Surinam aufgenommen wurden.

Niederschlesische Zweigbahn.

Auf der Niederschlesischen Zweigbahn sind im Monat März d. J. 10695 Personen für 5466 Rtlr. 4 Sgr. 5 Pf. befördert worden.

Die Einnahme für Gepäck, Vieh-Equipagen- und Güter-Transport (18,355 Centner) betrug 1819 = 17 = 6 = mithin zusammen 7285 Rtlr. 21 Sgr. 11 Pf.

Berzeichniss
derjenigen Schiffer, welche am 12. April Glogau strom-aufwärts passirten.

Schiffer oder Steuermann	Eradung	von	nach
K. Pieckle aus Saabor,	Kartoffeln	Frankfurt	Breslau.
G. Dohmel aus Neusalz,	dto.	dto.	dto.
K. Schreiber aus Frankfurt,	Güter	Frankfurt	dto.
F. Schulz aus Kroßen,	Erbse	Stettin	dto.
K. Schimack aus Kroßen,	dto.	dto.	dto.
K. Wenzel aus Beuthen,	Kartoffeln	Küstrin	dto.
K. Kämml aus Zednick,	dto.	dto.	dto.
K. Müller aus Zednick,	dto.	dto.	dto.
K. Niedergesäß aus Steinau,	Güter	Stettin	dto.
K. Seidel aus Beuthen,	dto.	dto.	dto.
K. Wittin aus Zednick,	Kartoffeln	Küstrin	dto.
K. Pahlmann aus Zednick,	dto.	dto.	dto.
K. Neumann aus Kroßen,	Güter	Stettin	dto.
K. Gorlisch aus Kroßen,	Kartoffeln	Schönfeld	dto.
K. Krüger aus Schiedlo,	dto.	dto.	dto.
K. Gurschke aus Tschiefer,	Leinsamen	Stettin	dto.
K. Joachim aus Kroßen,	Kartoffeln	Lebusa	dto.
K. Karge aus Guben,	dto.	dto.	dto.

Insetrate.

Bekanntmachung.

Da der dem Staat gehörige Exercierplatz hinter dem königl. Palais zur Übung der, in der Nähe des selben liegenden Truppen und täglich von 11 bis 12

Uhr zur Abhaltung der Wacht-Parade bestimmt ist, und auch dazu kaum ausreichenden Raum gewährt, so fordern wir das Publikum auf, ihn ohne vorherige Vereinbarung mit den unterzeichneten Behörden zu anderweitigen Zwecken nicht zu benutzen. Das unterzeichnete Gouvernement wird, so weit dies bei Erreichung jenes Zweckes möglich ist, jedem ausführbaren Antrage auch solche anderweitige Benutzung bereitwillig genügen.

Breslau, den 12. April 1848.
Königliches Gouvernement und Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung.

In Folge der vom 15. April, resp. 1. Mai d. J. ab zur Ausführung kommenden veränderten Fahrpläne für die Niederschlesisch-Märkische, die Oberschlesische und die Breslau-Freiburg-Schweidnitzer Eisenbahn muß die Aufgabe von Briefen, Geld- und Paket-Sendungen in folgender Art stattfinden:

Vom 15. April 1848 ab.

A. Für den Cours nach und über Berlin:
Zum ersten Personen- (Neben-) Zuge 7½ Uhr früh für Briefe, im Ober-Postamte bis 8 Uhr Abends Tages vorher; bei der Bahnhofs-Expedition bis 15 Min. vor Abgang des Zuges. Für Gelder und Pakete im Ober-Postamte bis 8 Uhr Abends Tages vorher; bei der Bahnhofs-Expedition können sie zu diesem Zuge nicht aufgegeben werden.

Zum zweiten Personen- und (Vereins-) Zuge 5½ Uhr Nachm. für Briefe im Ober-Postamte bis 4½ Uhr Nachmittags; bei der Bahnhofs-Expedition bis 15 Minuten vor Abgang des Zuges. Rekommandierte Briefe eine halbe Stunde früher. Für Gelder und Pakete im Ober-Postamte bis 2½ Uhr Nachmittags; bei den Bahnhofs-Expeditionen bis 3½ Uhr Nachmittags.

B. Für den Cours nach Oberschlesien:
Zum ersten Zuge (7 Uhr früh) für Briefe im Ober-Postamte bis 8 Uhr Abends Tages vorher; bei der Bahnhofs-Expedition bis 15 Min. vor Abgang des Zuges. Für Gelder und Pakete im Ober-Postamte bis 8 Uhr Abends Tages vorher; bei der Bahnhofs-Expedition werden sie zu diesem Zuge nicht angenommen.

Zum zweiten (Vereins-) Zuge 2 Uhr Nachm. für Briefe im Ober-Postamte bis 12½ Uhr Mittags; bei den Bahnhofs-Expedition bis 15 Min. vor Abgang des Zuges. Rekommandierte Briefe eine halbe Stunde früher. Für Gelder und Pakete im Ober-Postamte bis 11½ Uhr Vormittags; bei der Bahnhofs-Expedition bis 12½ Uhr Mittags.

Zum dritten (Lokal-) Zuge bis Oppeln 5½ Uhr Nachmittags für Briefe im Ober-Postamte bis 4 Uhr Nachmittags; bei der Bahnhofs-Expedition bis 15 Min. vor Abgang des Zuges. Rekommandierte Briefe eine halbe Stunde früher. Für Gelder und Pakete im Ober-Postamte bis 3 Uhr Nachmittags; bei der Bahnhofs-Expedition bis 4 Uhr Nachmittags.

Vom 1. Mai d. J. ab.

C. Für den Cours nach und über Freiburg resp. Schweidnitz.

Zum ersten Zuge 6 Uhr früh für Briefe im Ober-Postamte bis 8 Uhr Abends Tages vorher; bei der Bahnhofs-Expedition bis 15 Min. vor Abgang des Zuges. Für Gelder und Pakete im Ober-Postamte bis 8 Uhr Abends Tages vorher; bei der Bahnhofs-Expedition werden sie zu diesem Zuge nicht angenommen.

Zum zweiten Zuge 1 Uhr Nachm. für Briefe im Ober-Postamte bis 11½ Uhr Vormittags; bei der Bahnhofs-Expedition bis 15 Min. vor Abgang des Zuges. Rekommandierte Briefe eine halbe Stunde früher. Für Gelder und Pakete im Ober-Postamte bis 10½ Uhr Vormittags; bei den Bahnhofs-Expeditionen bis 11½ Uhr Vormittags.

Zum dritten Zuge 5½ Uhr Nachm. für Briefe im Ober-Postamte bis 4 Uhr Nachm., bei der Bahnhofs-Expedition bis 15 Min. vor Abgang des Zuges. Rekommandierte Briefe eine halbe Stunde früher. Für Gelder und Pakete im Ober-Postamte bis 3 Uhr Nachmittags; bei der Bahnhofs-Expedition bis 4 Uhr Nachmittags.

Der Briefkasten im Ober-Postamte wird täglich um 9 Uhr Abends zum letzten Male geleert.

Die Briefkästen bei den Bahnhofsexpeditionen werden 15 Minuten vor Abgang jedes Zuges geleert.

Hieron wird das correspondirende Publikum in Kenntnis gesetzt.

Breslau, den 13. April 1848.

Ober-Post-Amt.

Die Gemeinden Strachwitz und Herrmannsdorf, Kreis Breslau, sowie Geppersdorf, Kreis Strehlen, haben in der jetzt so bewegten Zeit ebenfalls gesunden Sinn für Recht und Geschicklichkeit betätigt, welches öffentlich zu ihrem Lobe anzuerkennen, mir zur besonderen Freude gereicht.

Freiherr v. Pelet-Narbonne.

Zweite Beilage zu № 89 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 14. April 1848.

Bekanntmachung

betreffend die Wahl der Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung.

Nach § 1 des Gesetzes vom 11. April d. J. betreffend die Wahl zur

deutschen National-Versammlung,

ist jeder großjährige Preuse ohne Rücksicht auf die Dauer seines Aufenthalts am Orte stimmberechtigter Urwähler.

Die Herrn Hausbesitzer werden daher hiermit ersucht:

in die nach unserer Bekanntmachung vom 11. d. Mts. anzufertigenden Listen auch diejenigen Einwohner aufzunehmen, welche sich noch nicht sechs Monate hier befinden, in der Rubrik

aber, bei jedem Eingetragenen zu bemerken, wie lange sich derselbe in Breslau befindet.

Breslau, den 13. April 1848.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Handwerkerverein in Breslau.

Die am 20. Februar 1847 von dem Verein festgestellten Statuten haben Erinnerns ungeachtet bisher die sofort nachgesuchte, damals erforderliche Genehmigung nicht erlangen können. Nach der Verordnung vom 6. d. Mts. bedarf es der Genehmigung nicht weiter, so daß der Verein sofort ins Leben treten und seine Tätigkeit beginnen kann.

Zur Beschlussnahme über etwa nothwendig erscheinende Abänderungen der Statuten und über die weiteren Maßnahmen ersuchen wir daher alle, welche am 20. Februar 1847 dem Verein beigetreten waren, sich

am 25. April d. J., Dienstag 4 Uhr, auf dem Fürstensaale einzufinden.

Breslau, den 13. April 1848.
(gez.) Becker. Berndt. Klocke. Nenner. Eschode.

Walter. Heissig.

In den jüngst verflossenen bewegten Tagen, in denen es auch auf dem Lande an Aufwiegelungen zu ungesetzlichen Handlungen und an schlechten Beispielen nicht gefehlt hat, war von der verständigen ehrenhaften Gesinnung der Gemeinden Nieder-Thomaswaldau nebst Frauen-Vorwerk und Heidau, Rothlach nebst Uttig und Mühlendorf, Lentschütz nebst Pitsau, Pöthenkorb und Zülzburg, Nedschitz nebst Vorsicht, zu erwarten, daß sie von der Bahn gesetzlicher Ordnung nicht abweichen würden. Diese Erwartung ist auf das Vollständigste in Erfüllung gegangen.

Es ist mir daher ein freudiges Bedürfniß, den angeführten Gemeinden für deren bewiesene ruhige, müsterhafte Haltung meine Anerkennung hiermit öffentlich auszudrücken, und sie meiner ganzen Achtung und Unabhängigkeit zu versichern.

Nieder-Thomaswaldau, den 11. April 1848.
Gr. Pückler.

Berichtigung.

Zur Widerlegung mehrer über den am 1. April d. J. hier vorgekommenen Vorfall umlaufender unwahrer Gerüchte, erkläre ich: daß die hiesigen Einwohner, welche an gedachtem Tage ungesehliche Forderungen, allerdings auf eine etwas tumultuarische Weise, durchzusetzen bemüht waren, keineswegs in unruhigen Köpfen und zur Widersehlichkeit geneigten Personen, sondern mit wenig Ausnahmen aus lauter braven, ordentlichen Leuten, hiesigen angesessenen Wirthen bestanden, mit denen ich seit länger als 30 Jahren friedlich gelebt und selten eine Veranlassung zur Unzufriedenheit gehabt habe. Nur die Aufregung der gegenwärtigen Zeit, geheime Umrüste, Aufheizereien und verbreitete offbare Lügen haben jene tumultuarische Bewegung veranlaßt, bei der jedoch keinerlei Gewaltthätigkeit stattgefunden, und die mir von denselben gebührende Ehreerbietung auch nicht einen Augenblick verletzt worden ist. Das zufällig eintrifftende Militär fand die Gemüther schon ziemlich beruhigt. Der Landrat hat den Vorfall untersucht, die Schuldigen den Gerichten überwiesen, und die Einwohner eines Bessern belehrt, haben mir ihre Reue vielfach an den Tag gelegt. Ich hoffe, daß sowohl hier, als in dem hiesigen Kreise, wo ein durchaus guter, loyaler, der gesetzlichen Ordnung und Sr. Majestät dem König ergebener Sinn herrscht, die Ruhe dauernd wird erhalten werden, infosfern die befreite Presse, ihre hohe Bestimmung erkennend und dem von der Nation in selbige gestem Vertrauen entprechend, alle aufregenden Artikel von sich weiset und zur Verhügung der Geistlichkeit mitwirkt, — von oben her das Regiment mit Nachdruck und Entschiedenheit gehandhabt, und dem Andrang der Massen die Kraft des Gesetzes entgegen gestellt wird. Polnisch-Würbitz, den 11. April 1848.
Graf v. Reichenbach.

Fortsetzung der Propositionen in Nr. 79 der Breslauer Zeitung.

- 17) Errichtung von Local-Vereins-Kassen für die auf $\frac{2}{5}$ an zunehmende ärmere Klasse, mit einem Fond von Einem Thaler pro Kopf; mittelst freiwilliger Beiträge, resp. durch Anleihen auf die zu bildenden Kommunalfonds für jeden Ort, und Verwaltung derselben durch selbstgewählte Deputierte unter Aufsicht der Ortsvorstände.
- 18) Alljährige Festsetzung von Maxima-Preisen für die ersten Lebensbedürfnisse, nach gewonnener Uebersicht über die Ergiebigkeit der eingebrachten Erntde, durch die Landes-Regierung in Verbindung mit den benachbarten Staaten zur Steuerung des speculativen Wuchers.
- 19) Uebernahme der Wegebauten durch den Staat mit Einschluß der Kommunikationswege und Anlage steinerner Unterlagen, wo es die Beschaffenheit des Bodens erfordert; zuvörderst auf ein Wagengleis beschränkt, mit Ausbiegstellen auf gewisse Distanzen. Auch die Beplanzung und Unterhaltung mit Bäumen in sich begreifend.
- 20) Umänderung des Strafverfahrens bei qualifizierten geringeren Verbrechen die Beschädigung des Eigenthums betreffend; statt der Einsperrung: Entziehung der Beneficien an der Local-Vereins-Kasse, am Kommunalfond, und an dem für die ärmern Klassen stattfindenden Steuer-Erlaß. Dagegen teilweise und successiv Entschädigung des Damnificatio durch die betreffenden Verbands-Kassen-Verwaltungen und Verurtheilung der Inculpaten: auf gewisse Zeit und bis zu einer gewissen Abwicklung gediehenen Abzahlung resp. Kautionsleistung den Wohnort nur unter Zustimmung der betreffenden Gemeindeverwaltungen ändern zu dürfen.
- 21) Anlage überseeischer Kolonien an die Stelle der Korrektionshäuser.
- 22) Einräumung des Rechts des Widerspruchs für die Kommunen gegen die Verheirathung Minorener in geeigneten Fällen, so wie Arbeitsunfähiger die durch nichts die Erhaltung ihrer Familie garantieren können.
- 23) Verpflichtung der Kommunen zum gelegentlichen Ankauf bequem gelegener Ländereien aus den zu bilden Kommunalfonds, behufs deren Ueberlassung an Arme zum Gemüsebau. Bei Städten, deren Regelung und Anlegung von Baumfelder-Wirtschaften.
- 24) Emanirung eines Gesetzes, wonach baufällige, der allgemeinen Sicherheit Gefahr bietende, Gebäude in den Städten nach festzusehenden Vor-Prinzipien und nach vorausgegangener einjähriger Ankündigung von den Kommunen zum Umbau acquiziert werden können.
- 25) Einführung einer Fortuna-Steuer, in der Art, daß diejenigen, welche in einer Commune sich ein bedeutendes Vermögen erworben haben, für den Fall, wenn sie ihren Wohnort wechseln, an den Kommunalfond der Gemeinde eine näher festzusehende Abgabe zu entrichten haben. Der Fall ist in jüngster Zeit häufig vorgekommen, wo Einzelne durch Güterverkauf und baldigen Wiederverkauf bedeutende Kapitalien gewonnen, und ihre Nachfolger mit den Gemeinden beim Mangel des öffentlichen Kredits der Verarmung zur Beute zu werden fürchten müssen.
- 26) Verpflichtung zu Führung von Preis-Courants für den Haushandel und kleinen Detailhändler.
- 27) Errichtung von Landes-Cultur-Commissionen für Wegebau, Wasserstraßen und praktische Gewerbeschulen.

Auf diese Weise wollen wir dem Arbeiterstande aufhelfen, der sich selbst zu helfen außer Stande ist, mit aller Berathung. Die Besitzenden müssen sich den hohen Werth des Arbeiterstandes und ihrer Familie allgemeinen klar machen. Was nützt uns die Verdrölung unseres Thiere und aller materiellen Habe, wenn durch Vernachlässigung des Arbeiterstandes mit dem Verschwinden seiner Verlässlichkeit die Sicherheit für den Besitz, die Liebe für das Vaterland immer mehr gefährdet wird, und wenn zur Schande aller deutsche Redlichkeit immer mehr zur Brute speculativer Selbstsucht werden sollte.

Veredlung ist das ewige Prinzip der Natur, auf dem sie fortbaut. Noch lebt der brave Mann im Kitte, wie ihn einst Bürger unsterblich besang, so wie der edle Mann des Besitzes, dem der Geldsack nicht an die Seele gewachsen ist. Stolz auf das Bewußtsein, daß sie durch ihre entscheidende Stimme den Rath der Rathlosen leiten werden, rufen wir ihnen mit Bürger zu: O braver Mann, braver Mann zeige dich!

Hätte Frankreich nach seiner ersten Revolution den Weg der Einführung menschlicher Institutionen eingez

schlagen, es würde ohne Blut und mit Rettung eines großen Theils seines National-Vermögens mit unverhältnismäßig geringen Mitteln blühend geworden sein, ohne nötig gehabt zu haben, Deutschland auszoplündern und nach Bezahlung einer Milliarde in seine alten Zustände zurückzukehren.

Woischnik. In der Zeit, wo man über die verzüngte Freiheit vom atlantischen Meere bis an die hermetisch abgeschlossenen Grenzen des russischen Reiches im endlosen Jubel besangen ist; in der Zeit, wo man jeder Spezialität im Staate Berechtigung in politischen Angelegenheiten zuerkennen will; in der Zeit, wo die freie Meinungsäußerung der Zauberstab für eine Umwandlung aller Verhältnisse geworden ist; in der Zeit, wo man die Meinungen und Wünsche aller Orte in einen Brennpunkt zu vereinigen sucht, um danach die neuen Verhältnisse zu constituiren: in einer solchen Zeit dürfen auch kleinere Städte und sogar Landgemeinden mit ihrer Meinung nicht zurückhalten, um nicht durch Bevormundung der Meinungsäußerung größerer Städte verschlungen zu werden, und um zugleich die Möglichkeit darzubieten, die Meinung des gesamten Volkes kennen zu lernen.

Die jüngsten Vorgänge, welche ein neues Europa geschaffen haben, brachten auch hier in den Gemüthern eine Erschütterung hervor, und erweckten Gefühle und Meinungen, die auch in größeren Kreisen und gegeben werden sollen.

So sehr man hier auch die erhaltene Freiheit mit Freuden begrüßt, eben so wird aber auch zugleich der Schmerz ausgesprochen, den man über das geflossene Blut der Vaterlandssöhne empfindet. Man ist der Meinung: der frei gewordene Gedanke und das Drängen der Umstände von auswärts hätten die Freiheit eben so gut durchgesuchten, als das Barricadenystem, und es hätte demnach blutigere Dinte nicht bedurft, um die neue Ordnung zu dekretiren. Man hat hier Achtung für das gefallene Militair, welches — und möge man noch so sehr gegen dasselbe eifern, daß es die erwähnte Freiheit durch Hinschlachtung seines eigenen Volkes unterdrücken wollte — seinen Eid heilig hielt und in Treue für den Monarchen sein Leben hinopferete. Diese Kämpfer haben durch ihre Treue und gewissenhafte Erfüllung ihres Eides, den man hier zu Lande noch heilig hält, ihrer Nation eben so viel Ehre gemacht, als die Freiheitskämpfer. Es hat ferner wehmuthig unser Herz berührt, daß dem edlen Herzen unseres geliebten Monarchen durch die so gewaltsam vorbereiteten Umstände Unbillen zugefügt worden sind. Und wie sollte uns dies nicht schmerlich berühren, da wir das edle Herz unseres Monarchen kennen, da wir ihn lieben als unsern Landesvater, und da wir Loyalität als erstes Erforderniß in jeder Hinsicht betrachten.

Es sind zwar in früheren Zeiten die Bewohner der hiesigen Stadt höheren Orts einmal dahin geschildert worden, als wären sie nicht den Gesetzen fügsam, weil sie vor Regulirung der Landesgrenze zwischen Schlesien und dem anliegenden Polen ihr Eigenthum gegen die Eingriffe der sich dasselbe Territorium anmaßenden Polen mitunter in helbenmuthiger Weise vertheidigten. Doch als nach vollzogener Regulirung dieses strittige Stück Landes*) zwar zu Schlesien zufiel, aber in Bezug der Sache noch entfernter Gegner sich über dieses Grundstück anstreiten zu streiten, haben sich die hiesigen Bewohner dem gesetzlichen Gange, so sehr auch dieser ihre Geduld in Anspruch nimmt, friedlich gefügt. Denn der Sinn für Gesetz hat hierorts eine festere Wurzel, als vielleicht an andern sonst gepriesenen Orten.

Nach Darlegung unserer Gesinnung in Bezug zu den gegenwärtigen Verhältnissen, wollen wir denn auch unsere Wünsche übergeben, da wir hoffen, daß der zusammengetretene Landtag die Wünsche des Volkes in gesetzlicher Weise realisiren wird. Wir treten denn so nach dem allgemeinen Wunsche bei, daß eine Bestimmung über Urwahlen in baldige Ausführung komme. — Wir wünschen eine Reform des gesamten Gerichtswesens, da unsere Prozeßführung ein derartig künstliche war, daß man, um einen Prozeß auszuführen, entweder selbst die Eigenschaften eines Juristen besitzen mußte, oder aber die Hilfe der Rechtskundigen zur Vertretung seiner Sache mit schwerem Gelde zu erkaufen gezwungen war, welches dem Geingringen und Armen ein großes Hinderniß bei Wahrung seiner Interessen gewesen ist. — Wir wünschen die baldige Ausführung der zugesprochenen sonstigen Reformen. — Wir hoffen auch, daß der hohe Landtag die durch die Presse sich fund gebenden Wünsche des Volkes nicht unberücksichtigt lassen werde. — Wir wollen

*) Es ist dies ein Forst von circa 4000 Morgen.

die constitutionelle Monarchie auf ihrer breitesten Basis, sind aber jeglichem Gelüft nach Republik feind. Schließlich müssen wir noch unseren Freiheitsmännern zurufen: Mäßigung, Achtung vor dem Gesetze, jegliche Entwicklung nur in gesetzlicher Weise, festes Anschließen an die Fürsten und Einigkeit, damit die lebtesten Dinge, welche kommen könnten, nicht schlimmer wären als die ersten.

Aufruf einiger Vaterlandsfreunde an ihre Mitbürger.

Theils das Ungewohnte der jetzigen Zeitverhältnisse, theils daß der Kern der Nation mit Berufsgeschäften überhäuft und bisher gewohnt war, Sachen, die das Staatswohl betreffen, von den Behörden vollziehen zu sehen, machen es erklärlich, daß die Stimme der Gesetz und Ordnung achtenden Bürger des Landes nur einzeln erklingen wird; doch die Zeit ist gekommen, wo es zur heiligen Pflicht jedes einzelnen wird, seine Meinung und Ansicht auszusprechen und wir fordern hiermit unsere Mitbürger auf, wenn sie unsere nachstehende Ansichten teilen, ihre Zustimmung durch Namensnennung in öffentlichen Blättern kund zu thun und so dazu beizutragen, daß wir wieder Vertrauen zu uns, selbst fassen.

1. Wir wünschen die Macht der Bureaucratie gebrochen, aber wir wollen und fordern, daß das Gesetz und die Ordnung überall auf das kräftigste gehandhabt werden und zwar nicht, wie es bisher geschehen, von Aufwiegern des Volkes, sondern von den Behörden, die bisher bestanden und die, bis sie durch andere, durch den Wunsch der allgemeinen Volksvertretung ersezt, in der vollen Kraft ihrer Amtsautorität bleiben müssen; denn stammen diese Beamte nicht auch aus dem Volk? haben in ihnen, wenn sie auch bisher einem andern System dienen müssen, nicht auch die allgemeinen Wünsche des Volkes geschlummert? gewiß, sie fühlen es, wie wir, daß eine neue Sonne über Preußen und Deutschland aufgegangen. Sollten sich Einzelne dieses Gefühls nicht bewußt werden, gut, so entferne man sie, jedoch auf gesetzmäßigem Wege.

2. Wir wünschen Verminderung des stehenden Heeres und Erweiterung des Landwehr-Systems, da ein Militair-Staat auf die Länge der Zeit das Land verarbeiten würde, aber wir teilen nicht die Gehässigkeit gegen das Militair, sondern erkennen in ihnen unsere Söhne und Brüder, und es lebt in uns die feste Überzeugung, sie werden den alten Ruhm der preußischen Krieger eben so in einem konstitutionellen Staat bewähren, als früher in dem absoluten.

3. Wir wünschen, da das Abhängigkeits-Verhältnis der Landgemeinden gegen die Dominien nicht mehr zeitgemäß ist, daß dasselbe in allen seinen Theilen gelöst werde und jeder selbstständig neben dem andern stehe, aber wir wollen, daß dies im Wege des Gesetzes geschehe und nicht auf dem der Willkür.

4. Wir wünschen das Loos der Arbeiter durch staatliche Einrichtung und Erziehung verbessert und sie bei den Volks-Deputirten vertreten, aber wir wollen den

irregeföhrten Arbeitern einiger großer Städte nicht das Recht eingeräumt wissen, sich eine Macht anzumaßen, welche schon in völlige Despotie ausartet und welche, weiter fortgesetzt, die Arbeiter verhungern und die Arbeitgeber zu Bettlern macht.

5. Wir wünschen eine auf die breitesten Grundlagen gestützte konstitutionelle Verfassung, aber wir wollen keine Republik, welche uns unvermeidlich in den Abgrund eines Bürgerkrieges stürzen würde.

6. Wir wünschen gleiche Rechte für alle Staatsbürger und keine Bevorzugungen irgend welcher Art, aber um so mehr wollen wir uns nicht von einigen fantastischen, durch Eigenliebe und Eitelkeit geleiteten Menschen, die von einer augenblicklich erregten Menge gestützt, uns ihre Ansicht als Volksstimme aufdringen will, ins Verderben führen lassen und ihnen zu Liebe die Kultur und den Wohlstand des Landes auf's Spiel sezen.

7. Wir wünschen Vereinfachung der ganzen Staats-Maschine und Ausbau einer Gemeinde-Verfassung in Verwaltung und Recht, aber wir wollen dies von dem gewählten Organ des Landes bestimmen lassen und es nicht der Willkür einzelner Agitatoren überlassen.

8. Wir wünschen Pressefreiheit, aber wir wollen nicht, daß die Presse selbst eine Censur übe, willkührlicher als die abgeschaffte.

9. Wir wünschen eine Wiederherstellung Polens nicht allein aus Rücksichten der Humanität, sondern auch zu unserem eigenen Vortheil, jedoch mit der größtmöglichen Berücksichtigung und respektive Anschließung der in Posen befindlichen, von Deutschen bewohnten Ländertheile, aber wir wollen keinen Krieg mit Russland, und bei einer etwaigen Erhebung der Polen gegen Russland völlige Neutralität des Staats. Der Einzelne möge helfen, wie es ihm beliebt, mit Waffen, Geld oder seinem Arm.

10. Wir erkennen, daß frühere Rathgeber der Krone nicht sowohl das Volk, sondern noch mehr den König hintergangen, aber wir vertrauen dem Wort unseres Königs und haben die feste Ueberzeugung, daß derselbe nur das Wohl seines Volks beabsichtigt, wir sezen ihm bei seinem neuen Streben nicht Misstrauen entgegen, um ihm dadurch den neu betretenen Weg zu verleiden, sondern wir schließen uns enger als je an ihn an und hoffen die feste Hoffnung, daß wir so mit unserem Fürsten vereint, berechtigt sind, von der Zukunft Großes zu erwarten.

Zuletzt drängt es uns, auszusprechen, daß wir für das Gebaren einer gewissen Partei — die sich die Hauptstadt zum Schauplatz ihrer Untrübe aussersehen hat — nicht allein gar keine Sympathien haben, sondern dieselben im höchsten Grade mißbilligen und uns vollständig zur Verfügung der Regierung stellen, um diesen in Plündern und Rauben ausartenden, Handel, Gewerbe, Ackerbau und Arbeit hemmenden und störenden Demonstrationen auf das kräftigste, und wenn es sein muß, mit Gewalt Einhalt zu thun, da wir uns die höchste Freiheit nicht ohne Vereinigung mit Gesetz und Ordnung denken können.

Wäre es nicht an der Zeit, auch den Handelsstand einer Reform zu unterwerfen? z. B. der Krämerrei und den sogenannten Handlungs-Diener-Fabriken einige Schranken zu setzen?

Möchten tüchtige Männer doch recht bald auf diese Frage näher eingehen.

Eduard Geßner.

Der in Nr. 86 dieser Zeitung Seitens der Stände-Lübner Kreises abgegebenen Erklärung, deren Mitunterschrift zu vollziehen ich wegen Abwesenheit verhindert wurde, trete ich in allen Punkten bei.

Koslitz, den 12. April 1848.

Schwarz.

Wer hat das in Frankfurt versammelte sogenannte deutsche Vor-Parlament gewählt?

Nochmalige Einladung zur Versammlung im Liebich'schen Lokale, heute Freitag den 14. April.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 9. d. M., wonach sämtliche, von den arbeitenden Volksklassen Breslau's erwählte Abgeordnete von den Gründern der zu errichtenden Speiseanstalt zu einer Berathung auf Mittwoch den 12. d. M. eingeladen wurden, von denen wahrscheinlich in Folge eines Irrthums nur wenige erschienen waren, werden dieselben wegen der Dringlichkeit der Sache hiermit nochmals eingeladen, sich

heute Abend 7 Uhr

recht zahlreich einzufinden zu wollen.

An die Reichen!

Die Zeit, die das Interesse eines Jeden in gleicher Weise in Anspruch nimmt, sie spricht auch zu Euch ein mahnendes Wort, das, wenn es umsonst verhallt wäre, Euch selbst den größten Nachtheil bringen könnte. Nicht Güter, nicht Geldspenden, aber leider auch keine Zweckes sind es, die von Euch gefordert werden, sondern es handelt sich einzig und allein darum, daß Ihr nicht länger einhalte mit der Beschaffung derjenigen Gegenstände, die zu Eurem verhältnis nach dem Nördlichen Lebensbedarf gehören, daß Ihr so die Gelegenheit entziehet, sich durch Arbeit sein tägliches Brot zu verdienen, worauf er doch nun einmal angewiesen ist. — Die Furcht vor dem äußeren Feinde größtmöglich ist, die Euch eine Einschränkung in Euren Bedürfnissen gebietet, doch Ihr scheint dabei zu übersehen, daß durch diese Arbeitslosigkeit der innere Feind geweckt wird, der doppelt gefährlicher, sobald sich ihm der unersättliche Bürgerhunger beigelegt. Noch einmal also, ihr Reichen, ihr Kapitalismänner, noch ist es Zeit, laßt diesen Ruf nicht un beachtet an Euch vorübergehen, es ist besser, momentan ein kleines Opfer zu bringen, als später Alles auf's Spiel gesetzt zu wissen.

Ein Arbeiter.

Höhere Bürgerschule.

Die Ausstellung findet statt:
Sonnabend den 15ten, und Sonntag

den 16. April Vormittags von 11—1 Uhr,
Nachmittags von 3—5 Uhr.

Die Prüfung der angemeldeten Schüler beginnt Sonnabend den 29. April um 8 Uhr.

Dr. Kletke.

Ich wohne jetzt Niemerstraße Nr. 18.

H. Valis,

Lehrer der französischen Sprache.

Heute, den 14. April, Abends um 7 Uhr, findet eine Arbeiterverfammlung im alten Theater auf der Taschenstr. statt. Gegenstände der Besprechung: 1) Statuten des zu bildenden Arbeiter-Vereins. 2) Vertretung der Arbeiter bei der Arbeiter-Kommission.

Berichtigung. In der gestrigen Zeitung soll es in der Todes-Anzeige aus Schildeberg heißen: Mader, 70 Jahre, statt Hader, 77 Jahre.

Herr Lieutenant v. Bollgnad wird ersucht, Unterzeichnetem wegen ihm zu machen, den Mittheilungen seines gegenwärtigen Aufenthalts baldigst anzugeben.

Fr. Löffler in Schwedt.

Herr A. Koch ist aus meinem Geschäft ausgeschieden, und es ist daher jede ihm von mir ertheilte Vollmacht erloschen.

Tannhausen, den 12. April 1848.

W. F. Ulfe.

Im Verlage von Joh. Urban Kern, Junkerstraße Nr. 7, ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen Schlesiens und Posens zu haben:

Spezialkarte des Großherzogthums Posen

mit Angabe aller Städte, Marktflecken, Dörfer, Straßen, Posten, Flüsse &c. &c.

Preis 2½ Sgr.

Diese Karte dürfte in der Gegenwart, für alle Zeitungsleger, Militärs &c. von großem Interesse sein.

So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen, in Breslau in der Buch- und Kunstdruckerei Eduard Trewendt, zu haben:

Berlins Volkskampf.

Eine übersichtliche Darstellung der März-Ereignisse und treue Schilderung des Kampfes in der Nacht vom 18ten zum 19ten, nebst einer historischen Einleitung.

Elegant broch. Preis 5 Sgr. Es ist dies die ausführlichste und treueste Schilderung der Berliner Ereignisse. Berlin, im März 1848.

Julius Springer.

Sowohl unserm vollständigen Musikalien-Leih-Institut, als auch den reichhaltigen deutschen, französischen und englischen Gesellschaftsbibliotheken können täglich neue Teilnehmer unter den billigsten Bedingungen beitreten.

F. G. G. Leuckart in Breslau, Kupferschmiedestraße 13, Ecke der Schuhbrücke.

Mineral-Brunnen,

eines jähriger frischer Füllung, als: Seltenwasser, Roisdorfer Brunn, Garibaldi-Schloss, Mühl- und Sprudelbrunn, so wie Saabschläger und Püllnaer Bitterwald, und ächtes Carlsbader Salz ist eben angekommen und billig zu haben bei

Carl Friedrich Keitsch

in Breslau, Stockgasse Nr. 1.

2000 Rtlr. à 5 pEt.

werden auf ein nahe bei Breslau gelegenes, im besten Zustande sich befindendes Rittergut von einem pünktlichen Zinsenzahler zur vollständig sicheren Hypothek baldigst gewünscht. Näheres bei Gustav Henne, Heiligegeiststraße Nr. 14a.

Wir erhalten ununterbrochene Aufzügungen Jauerscher Bratwurst.

F. W. Scheurich u. Straka, neue Schweiditzerstraße Nr. 7, nahe der Promenade.

Theater-Nepertoire.
Freitag, zum 3ten Male: „Martha“, oder: „Der Markt zu Richmond.“ Oper mit Tanz in 4 Abtheilungen (theilweise nach einem Plane von St. Georges) von W. Friedrich, Musik von Friedrich v. Flotow.

Sonntags, zum Benefiz und letztes Auftrittes des Herrn Wohlbrück: Dramatisch-musikalische Quoolibet in 2 Abtheilungen, unter Mitwirkung des sämtlichen Personals.

F. z. O. Z. 17. IV. 5. M. C. u.
B. W. □. III.

Verein. Δ. 17. IV. 6. R. Δ. III.

Verbindungs-Anzeige.

Die am 11ten d. in Berlin vollzogene eheliche Verbindung meiner Tochter Mathilde mit dem Kaufmann Herrn Wilhelm Perlhöster daselbst, beehe ich mich, statt jeder besondern Meldung, anzugeben.

Breslau, den 13. April 1848.

Theodor Jacob Glatau.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:

Wilhelm Perlhöster.

Mathilde Perlhöster,
geb. Glatau.

Todes-Anzeige.

Den gestern Abend 8 Uhr nach langen schweren Leiden erfolgten Tod unserer innig geliebten Vaters und Schwiegersvaters, des königl. Rittmeister a. D. Herrn v. Grauß, zeigen wir tief betrübt an.

Reussendorf, den 11. April 1848.

Agnes von Butler, geb.

v. Grauß,

Glothilde von Grauß, als Tochter.

Bertha von Grauß,

Freiherr von Butler, Major a. D., als Schwiegersohn.

Todes-Anzeige.

Heut Mittag 11 Uhr endete unser innig geliebter Sohn Max, in einem Alter von 5 Jahren 9 Monaten, nach 6 tägigen unsäglichen Leiden an Gehirnentzündung. Wer die Größe unseres Verlustes kennt, wird uns eine tiefe Theilnahme nicht versagen.

Frankenstein, den 12. April 1848.

Baron v. Rottwitz 1.,
Lieutenant im 11ten Inf.-Regt.,
nebst Frau.

Todes-Anzeige.
Am 10ten d. starb unsere innig geliebte zweite Tochter Marie nach vielen Leiden am Nervenfieber zu Breslau, woselbst sie sich Behufs ihrer Ausbildung fürs Erziehungs-fach befand. Die rege Theilnahme, welche sich für die Verstorbene während ihrer Leiden und bei ihrer gestrigen Beerdigung fand gegeben, hat unser Herz sehr wohl gethan. Wir fühlen uns deshalb zu größtem Danke verpflichtet.

Bolkenhain, den 13. April 1848.

J. Wülfing nebst Frau.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)
Unser lieber Otto ist nicht mehr. Dies liebliche Kind entrifft uns der Tod am 11. April. Diese Anzeige widmen wir allen Freunden und Verwandten mit der Bitte um stillle Theilnahme.

Lichtenwalde, den 11. April 1848.

Jenke und Frau.

Tief betrübt zeigen wir entfernten Bekannten und Verwandten an, daß auf Herrn Gräff's warme Empfehlung der bekannte ultramontane Bäckermeister Ludewig zum Stadtrath erwählt worden ist.

Gremberg.

Jeder Rustikal-Besitzer hat künftig nicht zu fürchten, Scholze zu sein oder zu werden, indem in der Nähe von Steinau ein Pfarrherr sich unterzogen hat, dessen Funktionen zu verrichten.

E. G.

Fürstenstein.

Sonntag den 16. April 1848:

Konzert

von dem Musikkorps des hochlöblichen 22ten Infanterie-Regiments.

Knappe.

Die Prüfung der Böglings der jüdischen Religionsunterrichts-Anstalt findet Sonntag, den 16. April, Vormittags, im Saale des Café restaurant statt.

Geiger.

Bekanntmachung.

Die von dem Musikkreis F. Großpietich hier selbst erstattete Anzeige, daß ihm am 11. d. M. Nachmittags folgende Pfandbriefe: Gorkau, S. J., Nr. 23, à 500 Rthlr., — Wilkau, Oder-Nieder-, S. J., Nr. 77, à 600 Rthlr., — Baranowiz, O.S., Nr. 44, à 150 Rthlr., — Bitschin, O.S., Nr. 315 u. 319, à 100 Rthlr., — Friedland, O.S., Nr. 96, à 100 Rthlr., — Kalbau, O.S., Nr. 49, à 100 Rthlr., — Pawonkau, O.S., Nr. 102, à 165 Rthlr., — Seichwitz, Ober-, O.S., Nr. 19, à 50 Rthlr., — Stein, Groß, O.S., Nr. 185, à 100 Rthlr., — Wilkau, Ober-B.B., Nr. 14, à 500 Rthlr., — Hennsdorf, Ober-, M.Gl., Nr. 33, à 50 Rthlr., — Ossegic, N.Gr., Nr. 355, à 150 Rthlr., — Ritterswalde, N.Gr., Nr. 32, à 50 Rthlr., — Massel, O.M., Nr. 49, à 400 Rthlr., — durch gewaltfam Einbruch entwendet worden sind, wird nach Vorschrift der Prozeß-Ordnung, Tit. 51, § 125, hiermit bekannt gemacht.

Breslau, den 13. April 1848.
Schlesische General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß mit Genehmigung der königl. Regierung, der nächste hier stattfindende Jahr- und Viehmarkt zum 15ten und 16. Mai d. J. und am 16. Mai zugleich der Viehmarkt abgehalten werden soll.

Goldsberg, den 9. April 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Den 1. September d. J. wird das Amt des hiesigen Stadt-Syndicus offen. Bewerber um dieses Amt haben ihre Gesuche, unter Beifügung der Qualifications- und Führungszeugnisse, bis Ende April d. J. an die hiesige Stadtverordneten-Versammlung einzureichen. Der jährliche Gehalt beträgt 500 Thaler. Sagan, den 28. März 1848.

Der Magistrat.

Pferde-Auktion.

Im Wege der Exekution sollen zwei Wagen, ein Paar Kutschenspferde und ein Rennschlitten den 19. April d. J. Vormittags

10 Uhr

in Loslau vor dem Polnischen Gasthause gegen sofortige Baarzahlung an den Meistbietenden verkauft werden, wozu ich Lizitanten einlade.

Rybnik, 6. April 1848.

Der Kreis-Justiz-Rath Wittkowitz.

Auktion. Am 17. April, Worm. 9 Uhr, werden in Nr. 42 Breitestr. eine nicht unbedeutende Partie Silberzeug und goldne Uhren, Leinenzeug, Betten, Kleidungsstücke, Möbel, Hausgeräthe, ein Flügel-Instrument und ein herrenloser Hund versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Auktion. Am 15. April, Nachm. 2 Uhr, werde ich in Nr. 42 Breitestr. Rhein-, Franz-, Ungar- und Champagner-Weine und eine Partie Cigarren versteigern.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Wagen-Auktion.

Montag den 17. d. Mts. werde ich Vormittags 11 Uhr, Schuhbrücke 77 (Wendtsche Weinhandlung) einen noch wenig gebrauchten, halb und ganz gedeckten Chaise-Wagen öffentlich versteigern.

Saul, Auktions-Kommissarius.

Ohrenmagnete

von James Garter in London.

Diese nach Vorschrift eines berühmten englischen Arztes gefertigten Magneten besitzen die besondere Eigenschaft, daß sie binnen wenigen Stunden selbst die heftigsten Kopfschmerzen befreiten, namentlich wenn selbige chronisch oder gichtisch geworden sind. Nicht minder stillen dieselben rheumatische Zahnschmerzen in augenblicklich kurzer Zeit, und sind zugleich ein sicheres Heilmittel gegen Ohrensaufen, der gewöhnliche Vorboten von Harthörigkeit.

Das Paar dieser Magnete in vers. Kartons mit der Anweisung, wie sie zu tragen und aufzubewahren sind, kostet

1 Rthlr. 10 Sgr.

und sind in Breslau nur ächt zu haben bei

S. G. Schwarz, Ohlauerstr. Nr. 21.

Gasthof-Empfehlung.

Da ich vom 1. April ab den Gasthof, resp. Kretscham, zu Jordansmühle übernommen habe, so empfehle ich mich dem hochgeehrten durchreisenden Publikum zum geneigten Wohlbauen und gütigen Beachtung, indem ich das mir zu schenkende Vertrauen durch Verabreichung guter Speisen und Getränke, so wie durch prompte und reele Bedienung zu recht fertigen stets bemüht sein werde. Jordansmühle im April 1848.

Friedrich Kilian aus Breslau.

Johannis zu beziehen ist Wallstraße Nr. 20 im goldenen Faustel eine freundliche Parterre-Wohnung von 2 Stuben, Kabinet und nöthigem Beigelaß. Näheres im 2ten Stock daselbst.

Der vierteljährige Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung in Verbindung mit ihrem Beilatte: „Die Schlesische Chronik“ ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 27 Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. Auswärts kostet die Breslauer Zeitung in Verbindung mit der Schlesischen Chronik (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. 7 1/2 Sgr.; die Chronik allein 20 Sgr.; so daß für die Chronik kein Porto angerechnet wird.

Auswärtigen Schriftsehern

diente, mit Bezug auf die Anzeige des Herrn C. H. Storch vom gestrigen Tage, zur Nachricht, daß keineswegs Mangel an Segern am hiesigen Orte ist; im Gegenteil befinden sich mehrere ohne Beschäftigung, da sie eine Kondition, die ihnen bei unangemessenen Preisen noch unvernünftige Behandlung bot, freiwillig verlassen haben.

Das große Brot betreffend.

Die Niederlagen mit fremdem Brot scheinen es im Interesse des Publikums zu finden, die Größe und Güte ihres Brotes grade jetzt durch häufige Anpreisungen hervorheben zu müssen, und glauben dadurch um so eher ihren Zweck erreichen zu können, weil hier ohne nähere Prüfung alles Fremde bevorzugt wird.

Bielle der hiesigen Bäcker geben eben so großes und in der Güte sogar besseres, als das angepriesene fremde Brot, als z. B. in Nr. 38 in der Neustadt, Nr. 29 Schweidnitzerstraße, Nr. 49 Albrechtsstraße, Nr. 15 Nicolaistraße, Nr. 4 Klosterstraße u. a. m., es kostet das Pfund gutes Roggenbrot c. 10 Pf. Meinen Bedarf entnahm ich jetzt aus den Niederlagen der Bäckerei in der Odervorstadt, Rosenthalerstraße Nr. 2 und Nadlergasse Nr. 5, und ich bin mit der Größe und Güte im Vergleich zu dem fremden Brote zufriedengestellt.

Dass diese Bäckerei schon seit Monaten die grössten und weisesten Semmeln liefert, ist bekannt.

R. Meyer.

Liebich's Garten.

Heute, Freitag den 14. April.

Erstes großes Militär-Concert,

welches dieses Jahr wiederum von dem Musik-Chor des königlichen hochlöblichen

11. Infant.-Regts.

aufgeführt wird. Entree für Herren 2 1/2 Sgr.

Weiß-Garten.

Heute Freitag den 16. April. Erstes

großes Konzert

von

drei Musik-Chören, ausgeführt von den Hauptboosten des hochl.

10ten Inf.-Regts.,

einem Militär-

Horn-Musik-Chor

und der Breslauer Musikgesellschaft.

Anfang 3 Uhr. Entree Herren 2 1/2, Damen 1 Sgr.

Sonntag den 16. April Gröfning des

Wiener Praters.

In meine Leinwand- und Wäsche-Handlung kann sofort ein junger Mann als Lehrling unter soliden Bedingungen eintreten.

Herrmann Gumpert,

Schmiedebrücke Nr. 17.

Salz-Gasse Nr. 1 ist eine freundliche Wohnung (Stube und Kabinet) zu vermieten.

Eine leichte Chaise und ein

leichter Brettwagen,

beide ein- und zweispännig zu gebrauchen, sind billig zu verkaufen. Näheres Schuhbrücke Nr. 36, im Comtoir.

Durch den Tod des Kämmerer Euge ist der hiesige mit 120 Rthlr. fixitem Gehalt und der Klassen- und Gewerbe-Steuern-Tantieme von circa 80 Rthlr. verbundene Kämmerer-Posten vakant geworden, hierauf reaktierende qualifizierte Personen, welche 400 Rthlr. Kautiova erlegen können, wollen sich in frankirten Briefen unter Adresse, an den Stadtverordneten-Vorsteher N. Gräfekel, als Kandidaten melden.

Ujest, den 12. April 1848.

Kapitals-Gesuch.

Eine ganz sichere Hypothek von 2000 Rthlr. à 5 p.C. Zinsen auf Land, ist sofort ohne Einmischung eines Dritten zu cediren. Näheres Junfernstraße Nr. 5, im Comptoir.

1 Rthlr. Belohnung.

Am 11ten d. M. ist eine weiße Wachtelhündin mit braunen Ohren verloren gegangen. Der Wiederbringer erhält obige Belohnung: Malergasse Nr. 8.

Bon diesjähriger frischer Füllung erhielt

Karlshader Schloßbrunnen,

desgl. Mühlbrunnen,

die erste Sendung,

Selterbrunnen

die zweite Sendung:

Julius Neugebauer,

Schweidnitzer Straße Nr. 35, zum rothen Krebs.

Karlshader Schloß- und Mühl-Brunnen,

so wie auch

ächtes Karlshader Salz,

empfing so eben direkt von der Quelle und empfiehle davon zu geneigter Abnahme.

Carl Straka,

Albrechtsstraße Nr. 39, der königl. Bank gegenüber

Die Haupt-Niederlage der frischesten**Preßhefe**

ist Reuschstraße Nr. 60, im schwarzen Adler.

Avis.

Eine große feuersichere Remise am Ringe ist billig zu vermieten. — Das Nähe Ring Nr. 14 im Comtoir.

Muscat-Lunel,

vorzüglicher Qualität, die Flasche 10 und 12 1/2 Sgr. empfiehlt:

Carl Friedländer.

Blücherplatz Nr. 6, im weißen Löwen.

Verlorener Hund.

Am 11ten d. Mts. ist ein Hühnerhund, braun u. gelb gebrannt, mit grauer Brust, auf den Namen „Verdriz“ hörend, Niemen mit Leder-Schleife um den Hals, verloren gegangen, vor dessen Anlauf gewarnt wird. — Der ehrliche Wiederbringer erhält eine angemessene Belohnung: Reuschstraße Nr. 16, bei Gabriel.

Frischer Maitrank

ist täglich in vorzüglicher Güte zu haben bei C. G. Gausauge, Reuschstraße 23.

Ein Handwagen und ein Bretter-Repositorium steht im königl. Bibliothek-Gebäude, Neue Sandstraße Nr. 4, zum Verkauf. Nähere Auskunft wird Herr Maler König die Güte haben, zu ertheilen.

Zwanzig Haufen Kieferne Spähne, so wie zwei alte Marstalls-Karren, sollen Freitag den 14. d. M. Nachmittags 3 Uhr auf dem Stadt-Bauhofe, Matthiasstr. Nr. 4, versteigert werden.

Breslau, den 11. April 1848.

Eine freundliche Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Kabinett, Kochstube und Zubehör ist neue Taschenstraße Nr. 6 b eine Treppe hoch vom 1. Mai ab, nöthigenfalls auch früher, zu vermieten.

Wohnungen

sind Taschenstraße Nr. 30 zu vermieten.

Ein Stall auf 3 Pferde nebst Wagenplatz ist bald zu vermieten Karlsstraße Nr. 36 im Comptoir des Hrn. Pöhlmann u. Comp.

Oderstraße Nr. 25 ist der zweite Stock bald oder zu Johannis zu vermieten. Das Nähere beim Eigentümer.

Hintermarkt- und Schuhbrücke-Ecke sind 2 möblierte Stuben zu vermieten vornheraus, zu erfragen bei Zakrzewski.

Das Dom. Ruppertsdorf bei Streitlen hat 3 Stück fettes Rindvieh zu verkaufen.

Die Hälfte des 2ten Stocks, Reuschstraße Nr. 2, bestehend in zwei Stuben und einer Kammer, für unverheirathete Herren als Wohnung passend, ist von Johannis zu vermieten. Näheres daselbst bei

J. Kołowsk.

Bu vermieten ist Schmiedebrücke Nr. 54 die zweite Etage und Term. Johannis zu beziehen; das Nähere im Kaufgewölbe.

Eine sehr gut möblierte freundliche Wohnung, vorn heraus, für einen oder mehrere Herren, ist zu vermieten und sofort zu bezahlen bei A. Niedermann, Ring Nr. 17.

Zu vermieten ist Ohlauer Straße Nr. 15 das bisher zum Spezereiwarengeschäft benutzte Gewölbe.

Mäntler-Straße Nr. 6 ist eine Wohnung im ersten Stock zu vermieten und Johannis zu beziehen.

Zu vermieten und Johannis zu beziehen ist Albrechts-Straße Nr. 17, Stadt Rom, bislang erste Etage, bestehend aus 8 Stufen, bald Zubehör. Näheres Ring Nr. 31, im Gewölbe, bei Aug. Heyn.

Kohlstraße Nr. 2 (Oder-Vorstadt) ist im ersten Stock eine Wohnung von 3 Stuben, Kabinett, Küche und Beigelaß zu vermieten und bald oder Johannis zu beziehen.

Friedr.-Wilh.-Str. Nr. 63 u. 64 sind Wohnungen mit Gartenbenuzung zu vermieten.

Neue Taschenstraße Nr. 6 b, par terre links sind zwei gut möblierte Zimmer zu vermieten. Näheres ebendaselbst.

Drei Stuben nebst großer heller Küche in der ersten Etage sind Friedr.-Wilhelmsstr. im Kronprinzen zu Johannis zu vermieten.

Für einen einzelnen Herren ist Neugasse Nr. 17, an der Promenade, ein möbliertes Zimmer für monatlich 3 Rtl. zu vermieten und sofort zu beziehen. Das Nähere beim Wirth par terre.

Breslauer Getreide-Preise

am 13. April 1848.

Sorte: beste mittle geringste

Weizen, weißer 55 Sgr. 50 Sgr. 43 Sgr.

Weizen, gelber 52 " 47 " 42 "

Roggen 40 " 36 " 33 "

Gerste 35 1/2 " 32 " 28 "

Hafer 26 " 24 " 22 "

(Börsen-Bericht.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Dtl. 97 Gld. Kaiserl. Duk. 97 Gld. Friedrichsd'or 114 1/2 Gld. Louisd'or 113 2/3 Gld. Poln. Court. 94 1/2 Br. Dester. Bankt. 99 Br. Staats-Sch.-Sch. per 100 Rtl. 3 1/2 % 76 Br. Großherz. Pos. Pfandbr. 4% 84 1/2 Gld. neue 3 1/2 % 67 1/2 Gld. Schle. Pfadbr. 3 1/2 % 90 1/2 Br. Lit. B. à 1000 Rtl. 4% 89 1/2 Br. ditto à 1000 Rtl. 3 1/2 % 84 Br. alte poln. Pfadbr. 4% 77 Br. neue 77 Br. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schwib. Freib. 4% 75 Gld. Oberschl. Litt. B. 74 Br. Niederschl.-Märkische 3 1/2 % 64 1/2 Gld. Köln-Minden 3 1/2 % 64 1/2 Br. Sächsisch-Schlesische 61 1/2 Gld. Friedr.-Wilh.-Nord. 31 1/2 Gld. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mon. 143 1/2 Gld. Hamburg 2 Mt. 148 1/2 Gld. Berlin 2 Mt. 99 1/2 Gld. Br. 1. S. 99 1/2 Gld. Wien 2 Mt. 97 1/2 Gld. (Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. Kaiserl. vollw. Dtl. 97 Gld. Friedr. 11